

INTEGRATION VON RELIGIÖSEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN IM OSTEN EUROPAS

– Tagungsband –

Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung und
des Rates der Deutschen in der Ukraine
am 13. September 2016 in Uschhorod/Ungwar

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Dezember 2016



Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas

Tagungsband des Symposiums „Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas“ der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Rates der Deutschen in der Ukraine vom 13. September 2016 in Uschhorod/Ungwar.

Eigenverlag

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Batthyány u. 49
1015 Budapest

Herausgeber

Frank Spengler
Gabriele Baumann

Beiträge

Wladimir Leysle
Dr. Koloman Brenner
Christiane Cosmatu
Dr. Ondrej Pöss
Hartmut Koschyk MdB
Andrii Jurasch

Redaktion

Bence Bauer LL.M.

Lektorat

Márta Schmidt
Patrick Sülzen
Virgil Zólyom

Fotos

S. 9 KAS Ungarn/Balázs Szecsódi und KAS Ukraine/Nick Zavilinskyi
S. 13, 17, 40, 45, 56, 62: KAS Ukraine/Robert Papp
S. 22: Péter Németh
S. 23: Márta Müller

Titelbild

Dieses Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht automatisch die Meinung des Verlegers, der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-615-80349-7-5

www.kas.de/ungarn

Inhaltsverzeichnis

Programm der Konferenz	4
Vorwort <i>Frank Spengler / Gabriele Baumann</i>	9
Der Rat der Deutschen in der Ukraine <i>Wladimir Leysle</i>	13
Ausbau der kulturellen Autonomie der Ungarndeutschen <i>Dr. Koloman Brenner</i>	17
Die deutsche Minderheit in Rumänien <i>Christiane Cosmatu</i>	40
Die Minderheiten in der Slowakei mit Schwerpunkt auf den Karpatendeutschen <i>Dr. Ondrej Pöss</i>	45
Aspekte der Minderheiten in der Ukraine <i>Krisztina Varga</i>	53
Die Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten <i>Hartmut Koschyk MdB</i>	56
Die Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten <i>Andrii Jurasch</i>	62
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	68

INTEGRATION VON RELIGIÖSEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN IM OSTEN EUROPAS

Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung und des
Rates der Deutschen in der Ukraine

13. September 2016

PROGRAMM

10.00 Uhr | Eröffnung

Gabriele BAUMANN

Leiterin des Auslandsbüros Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wladimir LEYSLE

Vorsitzender des Rates der Deutschen in der Ukraine

Hartmut KOSCHYK MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und
nationale Minderheiten

Grußwort

Bohdan ANDRJIW

Bürgermeister von Uschhorod

10.30 Uhr | Minderheiten in der Ukraine, in Rumänien, Ungarn und in der Slowakei – eine Bestandsaufnahme

Wladimir LEYSLE

Vorsitzender des Rates der Deutschen in der Ukraine

Dr. Koloman BRENNER

Beauftragter für internationale Zusammenarbeit der Landes-
selbstverwaltung der Ungarndeutschen

Christiane COSMATU

Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in
Bukarest

Dr. Ondrej PÖSS

Vorsitzender des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei

Moderation

Klaus WEIGELT

Präsident der Stiftung Deutsche Kultur im Östlichen Europa

12.30 Uhr | Mittagessen**14.00 Uhr | Aspekte der Minderheiten in der Ukraine****Walerii PAZKAN**

Stv. Vorsitzender des Komitees für Menschenrechte, nationa-
le Minderheiten und inter-ethnische Beziehungen in der Wer-
chowna Rada

Vasyl BRENZOVYCH

Vertreter der ungarischen Minderheit

Taras DATSJO

Vertreter der rumänischen Minderheit

Josef GEINISCH

Vertreter der slowakischen Minderheit

Moderation

Gabriele BAUMANN

Leiterin des Auslandsbüros Ukraine der Konrad-Adenauer-Stif-
tung

15.30 Uhr | Kaffeepause

16.00 Uhr | Zur Situation der Glaubensgemeinschaften der Minderheiten in der Karpatenregion

Josef TRUNK

Römisch-Katholischer Pfarrer in Pausching

Mykhailo HALIN

Leiter der jüdischen Wohltätigkeitsorganisation Hesed Shpira

Moderation

Dr. Alexandr BOKOTEJ

Direktor des Instituts für ökologische und religiöse Studien

17.00 Uhr | Abschließende Bemerkung

Frank SPENGLER

Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung

18.30 Uhr | Öffentliche Abendveranstaltung

Musikalische Einführung

Begrüßung

Gabriele BAUMANN

Leiterin des Auslandsbüros Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung

Grußwort

Mikhailo RIVIS

Vorsitzender des Rates der Region Transkarpatien

Festrede

Hartmut KOSCHYK MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Musikalisches Zwischenspiel

Kommentar

Andrii JURASCH

Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten und Nationalitäten im ukrainischen Kulturministerium

Abschließende Bemerkung

Wladimir LEYSLE

Vorsitzender des Rates der Deutschen in der Ukraine

Musikalischer Abschluss

20.00 Uhr | Empfang in der Philharmonie



Frank Spengler



Gabriele Baumann

VORWORT

Seit der Antike prägten interethnische Kontakte die Regionen des heutigen Mittel- und Osteuropas. Dies führte viel zu oft zu Kampf und Vertreibung, aber auch zu wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit. Im Mittelalter verdrängten nördlich der Elbe die Deutschen schrittweise die slawischen Gruppen, zur gleichen Zeit entstanden auf dem Gebiet des heutigen Tschechiens und Ungarns ethnische Parzellen, die mit der Mehrheitsgesellschaft koexistierten. Deutsche Siedler drangen schließlich bis zur Wolga vor und pflegten in weiten Teilen des europäischen Raumes neben den ansässigen Völkern ihre eigene Kultur. Doch auch jüdische Siedler ließen sich seit der Zeit der römischen Expansion in Europa nieder, ebenfalls zog es Gruppen der Roma, der Tataren und der Armenier nach Osteuropa.

Durch zwei Weltkriege und den politischen Wirren des 20. Jahrhunderts ist das Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien zutiefst erschüttert worden. Deportationen, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung der Minderheiten stehen exemplarisch dafür, dass ein pluralistisches Miteinander auch in der Moderne nicht von selbst gegeben ist.

Die verbliebenen Ethnien und religiösen Gemeinschaften, die trotz der Katastrophen des 20. Jahrhunderts ihr Erbe bewahren konnten, dürfen heute nicht mehr Repressionen

oder Diskriminierung ausgesetzt sein. Die meisten Staaten Europas haben ihre Minderheiten anerkannt und sind um die Aufarbeitung von Verbrechen und Unterdrückungen bemüht. Heute bilden die ost- und mitteleuropäischen Minderheiten oft eine Brücke zur Integration Europas.

In diesem Kontext ist die Zusammenarbeit der Vertretungen der ethnischen Gruppen untereinander von besonderer Bedeutung. Die Bewahrung der eigenen Kultur kann vor allem durch einen intensiven Dialog und den Ausbau eines Kommunikationsnetzes über die Staatsgrenzen hinweg gefördert werden.

Das Symposium mit dem Titel „Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas“, das am 13. September 2016 in Uschhorod/Ungwar durch den Rat der Deutschen in der Ukraine und die Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde, hatte die Zukunft und Organisation der Minderheiten in der Karpatenregion zum Inhalt. Damit schloss die Konrad-Adenauer-Stiftung an die Symposien zu der Lage der Minderheiten in Europa in Cadenabbia im Oktober 2014 und im Juli 2015 in Temeswar/Timisoara in Rumänien sowie zur Situation der Deutschen in Mitteleuropa im Oktober 2014 in Pécs/Fünfkirchen und im Januar 2016 in Budaörs/Wudersch an.

In Ungwar konnten sich die Repräsentanten der deutschen Minderheit in der Ukraine, Ungarn, Rumänien und der Slowakei und die Vertreter der ungarischen, rumänischen und slowakischen Minderheit in der Ukraine über ihre Strategie und Konzepte austauschen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Rat der Deutschen in der Ukraine fühlen sich der Förderung der Interessen der Minderheiten in Ost- und Mitteleuropa im Sinne der Völkerverständigung und der Versöhnung auf dem europäischen Kontinent besonders verpflichtet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Tagung in Uschhorod/Ungwar ist Ausdruck dieses gemeinsamen Interesses.

Wir bedanken uns an dieser Stelle besonders bei den Rednern und Moderatoren sowie bei allen, die sich an der Durchführung der Tagung beteiligt haben. Unser besonderer Dank gilt Hartmut Koschyk MdB, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Wladimir Leysle, dem Vorsitzenden des Rates der Deutschen in der Ukraine, Christiane Cosmatu, der Repräsentantin des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR), Koloman Brenner, Mitglied der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Ondrej Pöss, Vorsitzender des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei, deren Manuskripte in dem vorliegenden Band abgedruckt sind.

Die Diskussionen der Vertreter der ethnischen und religiösen Minderheiten wurden in einem Bericht zusammengefasst. Auch ihnen gilt unserer Dank sowie Bohdan Andrjijw, dem Bürgermeister von Uschhorod, für sein Grußwort. Wir bedanken uns auch bei Mikhailo Ravis, Vorsitzender des Rates der Region Transkarpatien, und Andrii Jurasch, Leiter der Abteilung für religiöse Angele-

genheiten und Nationalitäten im ukrainischen Kulturministerium, die anlässlich der öffentlichen Abendveranstaltung in der alten Synagoge von Uschhorod/Ungwar zu den Gästen und Teilnehmern sprachen.

Wir wünschen den Lesern interessante neue Erkenntnisse und eine anregende Lektüre. Über ihre Reaktionen würden wir uns sehr freuen.

Frank Spengler
Leiter des Auslandsbüros Ungarn
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Gabriele Baumann
Leiterin des Auslandsbüros Ukraine
der Konrad-Adenauer-Stiftung



Wladimir Leysle

DER RAT DER DEUTSCHEN IN DER UKRAINE

Ich glaube, dass es ebenso für Sie wie für mich interessant sein wird, die Vorträge der Kollegen aus Ungwar und der Slowakei zu hören. Aber wenn Sie es mir erlauben, möchte ich ein paar Worte über die deutsche Minderheit in der Ukraine und über die Standpunkte verlieren, die Ihnen nützlich sein können. Ich versuche meinen Vortrag so aufzubauen, dass Sie von unserer Erfahrung aus der Ukraine, die wir in den letzten fünfzehn Jahren gesammelt haben, etwas Nützliches entnehmen können.

Über deutsche Minderheiten in der Ukraine ist schon viel geschrieben worden, Sie können die Informationen der Broschüre entnehmen und es gibt auch viel mehr Informationen auf unserer Homepage. Daher werde ich über die deutsche Minderheiten in der Ukraine nicht viel sprechen.

Zur Gründung dieses Rates aber hat Folgendes geführt. Es ging um das Territorium der Ukraine, einst wohnten auf diesem Gebiet circa 800.000 Menschen deutscher Abstammung, doch aufgrund bestimmter Ereignisse sind nur wenige Deutschstämmige geblieben. Im Jahre 2001 waren es etwa 33.000. Wie es bei den anderen Minderheiten der Fall war, herrschte unter den Deutschstämmigen keine Einigkeit. Viele kleinere Organisationen kämpften untereinander, es ging darum, wer die deutsche Minderheit vertreten soll. Dann

haben wir allerdings eine Beobachtung in Dänemark gemacht, und haben dort die Struktur des Bundes Deutscher Nordschleswiger für uns nutzen können. Auf diese Weise konnten wir die Erfahrung einer Aufspaltung in fünf kleine Organisationen vermeiden. Wichtig war es, alle Teilnehmer an einen Runden Tisch zu bringen und alle zu einer Vereinbarung bewegen zu können.

Wir sind dann zu der Einsicht gekommen, dass der Rat der Deutschen in der Ukraine eine dem Runden Tisch ähnliche Organisation war, diese aber noch kein Bankkonto besaß. Als damit begonnen wurde, Geld durch ratsinterne Strukturen verwalten zu lassen, taten sich mehrere Probleme im Hintergrund auf. Ich als Vorsitzender dieses Rates habe keine Möglichkeit, über dieses Geld zu verfügen. Bei der Verwendung dieses Geldes und der Verfügung darüber handelt es sich um eine kollektive Verantwortung. Auch hier haben wir die Methodik unserer skandinavischen Kollegen übernommen. Dadurch wurden viele Probleme bezüglich des Umgangs mit dem Geld eliminiert.

Wir fangen nun an, über die Findung gemeinsamer Wege und die Behebung strategischer Probleme nachzudenken. In erster Linie war für uns die deutsche Sprache wichtig. Kinder deutschsprachig zu erziehen, deutsche Sprachkommunikation für ältere Menschen anzubieten und die Einrichtung deutscher Sprachcamps sind seit zehn Jahren priorisierte Tätigkeiten unseres Rates.

Was Geld und Verwaltung anbelangt, so ist das eine technische Frage. Am schwersten war es, eine universelle Diskussionsform zu finden, in deren Rahmen alle kleineren Organisationen, die vorher existiert hatten, ein gemeinsames Thema zu finden imstande waren.

Jetzt ist es uns ein gemeinsames Anliegen, wie wir uns in der europäischen Zukunft sehen. In diesem Sinne wünsche ich, dass wir so aktiv wie möglich mit europäischen Organisationen zusammenzuarbeiten beginnen und daraus Erfahrung gewinnen. Daher haben wir schon Kontakte mit Kollegen aus anderen Ländern und Organisationen geknüpft, und nun möchte ich mich bei diesen Leuten und Organisationen ganz herzlich bedanken, die die Projekte mit Inhalt füllen, denn die Idee besteht nicht allein darin, ein gemeinsames Projekt auszuführen, sei es bei einer Theateraufführung oder einer Kunstausstellung.

Ich möchte Folgendes sagen: Es gibt in Deutschland einen bekannten Abgeordneten, Dr. Bernd Fabritius, dessen Vorfahren in Gregorov begraben liegen. Es handelt sich um deutsche Kriegsgefangene, die Zwangsarbeiten verrichten mussten. Das galt als weißer Fleck in der Geschichte und wir sehen uns in der Aufgabe, diese weißen Flecken der Geschichte aufzuzeigen und entsprechend, im Hinblick auf den heutigen Zeitpunkt, zu interpretieren. Es gibt nicht nur eine tragische Geschichte, sondern auch eine Aussicht auf eine positive Zukunft.

Wenn wir das Buch über die nationale Minderheit aufschlagen, und an dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Koschyk bedanken, insbesondere für die Bilder, sehen wir auf dem ersten Bild eine evangelische Gemeinde auf der Krim. Dies ist ein Zeichen vor allem für die deutschen Minderheiten in Osteuropa – für uns gilt die Krim nach wie vor als Teil der Ukraine – und für mich ist das ein großes und wichtiges Signal. Darüber hinaus, abgesehen von Bildern des kulturellen Erbes, besprechen wir, was es jetzt noch gibt und was noch kommt.

Es ist mir an dieser Stelle sehr angenehm, unsere Fernsehmoderatorin, Olga Freimut, zu erwähnen, die stets um die Verbesserung der Servicequalität in Restaurants und Hotels bemüht ist, damit sich die Menschen in der Ukraine wohlfühlen und in die Gaststätten gehen. Wir können froh sein, sie zu haben.

Dann gibt es hier ein Bild von einem bekannten Maler, Harry Ruff, der Binnenflüchtlinge aus Donbass, es geht hier auch um die Projekte, die wir in Rumänien und in der Slowakei zeigen möchten.

Nun kommt ein weiterer wichtiger Punkt, der uns zusammenbringt. Bis zum Jahr 1939 waren die Deutschen in der Ukraine, hatten viele Siedlungen in Bukowina, in Bessarabien, am Schwarzen Meer, es gab transkarpatische Deutsche wie auch Deutsche in Galizien und sie alle kommunizierten untereinander. Das war sozusagen eine deutsche Insel. Es gab für diese Leute jedoch keine Struktur in der Ukraine. Mit der Deportation existiert jedoch für alle Deutschen, Katholiken wie Lutheraner, eine gemeinsame Vergangenheit, die an Verantwortung für ihre Nationalität mahnt.

Wir haben mit unseren Kollegen nun lange diskutiert. Die Deutschen auf der Krim wurden nämlich am 18. August 1941 deportiert, aus Galizien gab es im Jahre 1939 Deportationen, aus Transkarpatien 1944 und 1945, und es kam die Frage auf, welches Datum nun für einen Gedenktag gewählt werden soll. Erstmals überlegten wir, den 23. August zu wählen, da an diesem Tag im Jahre 1939 der Molotow-Ribbentrop-Pakt unterzeichnet wurde, da alle anderen Ereignisse nur Folgen der Einflussteilung waren. Wir kamen aber zu dem Schluss, dass der 28. August, in Bezug auf die Zwangsumsiedlungen des Jahres 1941, gewählt werden sollte. Im Rahmen dieses Tages werden wir der Probleme aller Deutschen, die deportiert wurden, gedenken. Sie waren Opfer des Stalinismus, des Nationalsozialismus, sie wurden alle mit dieser Tragödie konfrontiert. Die Krimtataren, die Bulgaren und die Griechen haben auch gelitten, die Esten, die Finnen, sie alle wurden damit konfrontiert. Ich würde sagen, dass unsere nationalen Minderheiten ihr Bestes tun sollten, um die Sicherheit anderer Minderheiten zu gewährleisten.

Die Folgen können dramatisch sein, für Minderheiten, für Staaten und für Völker. Unsere Erfahrungen, die wir gesammelt haben, können für verschiedene europäische Länder von Nutzen sein, insbesondere dort, wo rechtsextreme Populisten die Grenzen wieder revidieren möchten.

Und ich möchte noch einen wichtigen Punkt unterstreichen. Für den Rat der Deutschen in der Ukraine ist das Deutsche zwar eine Priorität, andererseits ist es uns aber auch eine Priorität, die ukrainische Diaspora in Deutschland zu unterstützen, indem wir Beziehungen miteinander pflegen, um so das Bild der Ukraine in Deutschland aufzuwerten. In diesem Jahr bringen wir eine Ausstellung über die Deutschen in Wolhynien nach Deutschland, im nächsten Jahr werden wir Bilder anlässlich des 500. Jahrestages der Reformation ausstellen. Des Weiteren tun wir unser Bestes, um diesen Dialog zu pflegen. Durch den Dialog zwischen Deutschen, Ukrainern und den Ukrainern in Deutschland sollen diese Staaten näher zusammengebracht werden. Der Weg zwischen Berlin und Transkarpatien ist nunmehr kürzer als der Weg zwischen Transkarpatien und Charkiw in der Ostukraine, die Kommunikation ist auf jenem Weg einfacher. Und ich freue mich, dass viele entsprechende Festivals in Oberfranken, Ungarn und anderen Staaten stattfinden.

Wir haben eine Umfrage unter Schülern auf der Krim geführt. Es wurde die Frage gestellt, was die ukrainischen Kinder mit der deutschen Minderheit assoziieren. Und die Kinder haben drei Dinge gemalt: Bier, Mercedes und Hakenkreuze. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, an diesem Klischee und diesen Stereotypen zu arbeiten, damit wir nicht nur diese drei Assoziationen haben, die den Menschen einfallen, wir haben nämlich ein viel größeres Potential. Vielen Dank.



Dr. Koloman Brenner

AUSBAU DER KULTURELLEN AUTONOMIE DER UNGARNDÉUTSCHEN¹

Die politische Wende 1989/1990 veränderte auch die Möglichkeiten der (minderheiten-)politischen Interessenvertretung der Ungarndeutschen. Wie im Allgemeinen, so geschah auch auf diesem Gebiet in Ungarn der Übergang aber etwas fließender – im Vergleich zu anderen früheren Ostblockstaaten. Auch im politischen Bereich sind die Signale in den 1980er Jahren nicht zu verkennen: Nachdem die Bundesrepublik Deutschland als wichtiger Handelspartner eine immer größere strategische Bedeutung für Ungarn bekommt, mündet diese Entwicklung darin, dass im Oktober 1985 mit kräftiger Unterstützung des damaligen deutschen Außenministers GENSCHER der erste offiziell gegründete deutsche Minderheitenverein in Osteuropa ins Leben gerufen wird. Der **Kulturverein Nikolaus Lenau** e.V. wirkt bis heute in der Stadt und ist ein wichtiges Sammelbecken für Angehörige der Deutschen im Raum Fünfkirchen.

Eine interessante Frage ist, welche völkerrechtlich wichtigen Rahmenbedingungen für die minderheitenpolitische Entwicklung in Ungarn ebenfalls eine Rolle spielten. Gab es also in der Wendezeit und danach äußere Vorschriften im Minderheitenschutz? In öffentlichen Diskussionen wird häu-

¹ Der Beitrag ist ein Nachdruck des Kapitels 5.2. mit dem Titel „Ausbau der kulturellen Autonomie der Ungarndeutschen, Institutionen und ihre Rolle“ des Autors aus dem Werk BRENNER (2016²).

fig von „europäischen Werten“ gesprochen, ohne zu definieren, was genau damit gemeint ist. Wenn wir den Bereich des Minderheitenschutzes kritisch unter die Lupe nehmen, muss an erster Stelle der Hinweis stehen, dass es **keinen einheitlichen Minderheitenschutz** in Europa gibt. Es existieren lediglich zwei juristische Texte mit sehr „weichen“ Bestimmungen (im Englischen „soft law“ genannt), die in dieser Frage in den Jahren nach der politischen Wende entstanden sind, bezeichnenderweise wurden sie nicht von Institutionen der Europäischen Union, sondern vom **Europarat** verabschiedet. Diese Rechtsinstrumente entstanden übrigens nach der politischen Wende, wo neue Tendenzen auch im Bereich des Minderheitenschutzes auf europäischer Ebene unter den Staaten diskutiert worden sind. Es ist eine Zeit gewesen, wo noch viele Illusionen in der öffentlichen Meinung vorhanden waren und dieselben sind in Diskussionen in den neuen Mitgliedsstaaten immer noch bei gewissen Meinungsmachern verbreitet.

Die erste frei gewählte ungarische Regierung unter Ministerpräsident ANTALL schickte sich 1990 an, die bedeutenden ungarischen Minderheitengemeinschaften in den Nachbarstaaten kräftig zu unterstützen. Um diese Zielsetzung international besser begründen zu können, wurde ein „beispielhaftes Minderheitengesetz“ ins Visier genommen, innen- und außenpolitische Entwicklungen prägten das Bild ebenfalls. Die Verabschiedung des **Minderheitengesetzes im Jahre 1993** und die darauffolgende neue Struktur der sog. **Minderheitenselbstverwaltungen** (Körperschaften, die die kulturelle Autonomie durch Wahlen verwirklichen, z.B. Schulträgerinnen werden können) führten zu einem Neubeleben der Tätigkeiten der Volksgruppen in allen Lebensbereichen.

Nach der politischen Wende 1989 wurden auch die deutsch-ungarischen Beziehungen mit größerer Aufmerksamkeit gestaltet, mit der Republik Österreich ebenfalls, allerdings wurden seitens des offiziellen Österreichs in den ersten Jahren Belange der Ungarndeutschen nicht angetastet und auch bis heute hält sich Wien auffallend zurück. Auf der diplomatischen Ebene begann die Epoche damit, dass ab 1990 jährlich Treffen des Deutsch-Ungarischen Forums stattfanden, als ein Dialoginstrument für Fragen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien. Als der **Deutsch-Ungarische Freundschaftsvertrag** im Jahre **1992** unterzeichnet wurde, stand noch die Überwindung der Teilung Europas und die Unterstützung der Demokratiebewegung im osteuropäischen Raum im Vordergrund, aber die Bereiche der Kultur und Wissenschaft spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Auch in diesem Kontext war ein Bestandteil des Freundschaftsvertrags die Lage und die Unterstützung der in Ungarn beheimateten deutschen Minderheit.

Der **Verband der Ungarndeutschen** verspielte 1990 zunächst die Chance, sich vollkommen vom Erbe der kommunistischen Diktatur zu verabschieden, er war ja neben den anderen Minderheitenverbänden 1954 entstanden, um die berühmt-berüchtigte LENINSche Nationalitätenpolitik zu betreiben. Dieselbe bestand im Wesentlichen darin, dass ein gewöhnlich gut bezahlter „offi-

zieller Vertreter“ von der kommunistischen Partei eingesetzt wird, der dann eher folkloristisch tätige Gruppen unterstützt, ohne eine demokratische Organisation im Hintergrund. Es kann allerdings gut dazu verwendet werden, als eine Art Schaufensterpolitik diesen „Verband“ als offizielle Vertretung der betroffenen Nationalität herzuzeigen. Der Verband der Ungarndeutschen vermochte nach 1968 allerdings doch einige Initiativen sowohl in der Bildung, als auch auf dem Felde der Kulturarbeit anzuregen, die detaillierte Analyse dieser Epoche ist aber noch nicht abgeschlossen. Als ein großer Fehler hat es sich erwiesen, dass er im Bunde der kommunistischen Nachfolgeorganisation Patriotische Volksfront (ung. Hazafias Népfrent) an den ersten freien Wahlen nach der Wende teilnahm.

Der Verband der Ungarndeutschen übernahm aber in dieser Zeit doch eine wichtige Aufgabe in Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland: diejenigen Soldaten, die nach der deutschen Besetzung Ungarns an deutscher Seite gekämpft haben und dabei einen gesundheitlich dauerhaften Schaden davontrugen, waren berechtigt, eine Kriegsbeschädigtenrente zu beziehen. Das Verfahren bezog sich auf alle Soldaten, unabhängig davon, in welchem nominalen Kampfverband sie ihren Dienst leisteten, da sie nach der völkerrechtlichen Auffassung der Bundesrepublik Deutschland den deutschen Soldaten als gleichberechtigt galten. Es mussten Anträge in deutscher Sprache eingereicht werden, diese Aufgaben übernahmen die frisch eingerichteten Regionalbüros des Verbandes der Ungarndeutschen. Es ist bezeichnend, dass das Regionalbüro auch in Ödenburg aus bundesdeutschen Fördermitteln finanziert wurde, um unter anderem diese Arbeit zugunsten der einfachen damaligen Soldaten, darunter sehr viele einfache Ungarn vom Lande, zu gewährleisten. Dass die Regionalbüros für jeden die Formulare ausgefüllt haben und davor sie auch berieten, brachte in dieser Zeit sehr viel Sympathie für die neuen Initiativen der Ungarndeutschen in allen Feldern.

Die neugegründeten deutschen Vereine trafen sich 1992 in Tengelic, um eine neue, demokratische Organisation ins Leben zu rufen. Diese Anstrengungen mündeten darin, dass der Verband der Ungarndeutschen am Vortag zur Wahl der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen 1995 aufgelöst wurde und ausschließlich diese neue Körperschaft die politische Vertretung der Ungarndeutschen übernahm. Es ist allerdings wichtig zu erwähnen, dass nach einigen Jahren die vielen Kulturvereine einen neuen Dachverband gründeten, den **Landesrat ungarndeutscher Chöre, Kapellen und Tanzgruppen** e.V. Auch weitere landesweite Vereine entstanden in dieser Zeit, so z.B. die **Jakob-Bleyer-Gemeinschaft** e.V. (siehe auch www.deutsche-in-ungarn.hu), die auch das „alte“ *Sonntagsblatt* von Jakob BLEYER neu belebte, oder die Jugendorganisation **Gemeinschaft Junger Ungarndeutscher (GJU)**. Ab 1992 eint der **Verband ungarndeutscher Autoren und Künstler (VudAK)** diejenigen Autoren und Künstler, die aus der Reihe der Ungarndeutschen stammen. Bis heute erschienen bei VudAK (siehe auch www.vudak.hu) fast 60

Buchpublikationen und mehrere Künstlermappen. Die Autoren publizieren des Weiteren regelmäßig in der ungarndeutschen Wochenzeitung „Neue Zeitung“ bzw. in deren literarischen Beilage „Signale“.

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 1994 sind also die ersten Wahlen der örtlichen Minderheitenselbstverwaltungen durchgeführt wurden, laut den gesetzlichen Bestimmungen bekamen damals alle Wahlberechtigten auch die Listen der Minderheiten. So ist es dazu gekommen, dass in vielen Ortschaften, wo in der Gemeinschaft angesehene Angehörige der deutschen Minderheit sich zur Wahl gestellt hatten, viele Stimmen von Angehörigen der Mehrheit den deutschen Listen zugutekamen. Im März 1995 wählten im nächsten Schritt die sog. Elektoren (alle in den einzelnen Ortschaften gewählten ungarndeutschen Vertreter) der deutschen Minderheit das erste Mal die Vollversammlungsglieder der **Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU)**. Sie ist seitdem das kulturelle und politische Repräsentationsorgan der deutschen Minderheit in Ungarn.

Im Rahmen dieser Erneuerung der Vertretungsorgane der ungarländischen Minderheiten schuf das ungarische Parlament auch die Institution des „Minderheiten-Ombudsmannes“, 1995 wurde der erste Vorsitzende der LdU, Jenő KALTENBACH zum Ombudsmann gewählt und er bekleidete diesen Posten bis 2007. Die Position des nach skandinavischem Muster geschaffenen Ombudsmannes ist eine mit gesetzlich gesicherten Kompetenzen zwar nicht üppig ausgestattete, allerdings eine offiziell eingeleitete Untersuchung einer brisanten minderheitenpolitischen Konfliktsituation, hatte immer wieder vor allem die örtlichen Kommunalpolitiker davon überzeugt, die gesetzlich geregelten Minderheitenrechte immer ernster zu nehmen. Des Weiteren musste laut Gesetz über die Ombudsmänner aus dem Jahre 1993 das ungarische Parlament zweijährig einen ausführlichen Bericht des Minderheitenombudsmannes diskutieren und annehmen. Diese Tatsache sicherte diesen Angelegenheiten, die früher in der ungarischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt hatten, doch eine gewisse politische Aufmerksamkeit.

Die Kandidaten zu den Minderheitenwahlen stellten in der Regel die örtlichen oder landesweiten Kulturvereine der Deutschen, sodass es zu einer gewissen Verdoppelung der früheren Strukturen kam, da dieselben Personen ja in den Gremien wirkten. Allerdings kann diese Entwicklung auch so bewertet werden, dass die zivile Gesellschaft bei den Kommunalwahlen die Minderheitenpolitiker gewählt hat, die dann ihre Interessen auf einer politischen Ebene vertritt, da ja die Minderheitenselbstverwaltungen von ihrer rechtliche Position gesehen als **öffentlich-rechtliche Körperschaften** wesentlich mehr Kompetenzen haben, als Vereine.

Dazu kam eine zwar bescheidene, aber staatlich zugesicherte Grundfinanzierung der Minderheitenselbstverwaltungen, die vor allem in kleineren Gemeinden

durch Unterstützung der in der Ortschaft funktionierenden ungarndeutschen Tanzgruppen, Chöre, Blaskapellen usw. eine positive Wirkung und eine gewisse Planungssicherheit im Minderheitenkulturleben mit sich brachte. Durch die zusätzlichen Kompetenzen der Minderheitenselbstverwaltungen und durch den „Wahlkampf“ für die Minderheitenwahlen präsentierten sich auch für die breitere Öffentlichkeit in den verschiedenen betroffenen Ortschaften Vertreter der Deutschen in einer neuen, gestärkten Position, wenn auch in den ersten Jahren die örtlichen Administrationen immer wieder Probleme hatten, die Kompetenzen der Minderheitenselbstverwaltungen anzuerkennen und ihrer Pflichten nachzukommen (vgl. auch DEMETER ZYZON 1999 bzw. DOBOS (2009).

Das Mitbestimmungsrecht (de facto Vetorecht) der Minderheitenselbstverwaltungen bei der Bestellung der Schul- und Kindergartendirektoren verursachte z.B. in der Stadt Ödenburg im Jahre 2002 sogar Konflikte auf der höchsten politischen Ebene, als ein der deutschen Sprache nicht mächtiger Schuldirektor in der deutschen Nationalitätenschule vom Stadtrat gewählt wurde. In den Minderheitenbildungsinstitutionen hatten nämlich laut der Regelungen des Minderheitengesetzes auch bezüglich der Annahme des pädagogischen Programms die Minderheitenselbstverwaltungen ein Mitbestimmungsrecht, auch wenn davon die Gremien nicht zu häufig Gebrauch machten. Dieses Recht wurde infolge der neuen Gesetzgebung nach 2010 den Gremien entzogen, insofern wurde der Einfluss der Körperschaften auf die pädagogischen Leistungen eingeschränkt. Zur Situation und Analyse des Bildungssystems der Ungarndeutschen nach der Wende siehe auch BRENNER (1994 und 2003) bzw. MÜLLER (2010 und 2012).

Diese und einige weitere Kompetenzen der Minderheitenselbstverwaltungen und vor allem die seit 1995 funktionierende Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU) konnten auch neue Impulse auf der politisch-symbolischen Ebene geben, so hat laut ihren gesetzlichen Kompetenzen die LdU 1996 die eigene **Hymne der Ungarndeutschen** bestimmt, die höchste Auszeichnung der Ungarndeutschen gegründet („**Ehrennadel in Gold für das Ungarndeutschtum**“) und viele weitere sowohl symbolische wie auch konkrete Schritte zur Verwirklichung der kulturellen Autonomie getan. In den 1990er Jahren wurde dieses System sowohl in den einzelnen Gemeinden und Städten wie auch seitens der LdU landesweit ausgebaut und ein Netz von hauptberuflichen Regionalbüroleitern in den wichtigsten Regionen und eine immer professioneller arbeitende Geschäftsstelle der LdU dafür gesorgt, dass eine neue Qualität an Minderheitenaktivitäten entstanden ist. Natürlich wurden die Folgen dieser Aktivitäten, sowohl im Falle der deutschen Minderheit, als auch im Allgemeinen bei allen betroffenen Minderheitengemeinschaften, v.a. was ihre Effektivität betrifft, z.T. unterschiedlich bewertet (vgl. SPANNENBERGER 2004 oder DEMETER ZAYZON 1999 bzw. DOBOS 2009 und 2013, bezüglich der slowakischen Minderheit UHRIN 2009).



Abbildung 1 Zweisprachige Ortsschilder in Ödenburg – seit 1993 Realität an den Stadtgrenzen, nur im deutschen Sprachraum kaum benutzt (Foto: Péter Németh)

Zu den neueren Aktivitäten und Entwicklungen gehörte auch die Frage der **deutschen Ortsschilder** und **Gassenbeschilderungen**. Diese gehören zu den wichtigsten symbolhaften Erscheinungen der Mehrnamigkeit im Falle der klassischen nationalen Minderheitengemeinschaften und eben deswegen werden sie häufig zum Politikum. Die deutschsprachigen Ortsschilder in Ungarn wurden schon ab den 1970er Jahren vereinzelt in der späten KÁDÁR-Ära möglich (so z.B. in Agendorf bei Ödenburg oder Nadasch in Südungarn), aber es hing eher davon ab, ob in den betroffenen Ortschaften Vertreter der Ungarndeutschen die jeweilige Parteiführung überzeugen konnten, dass es um eine harmlose und traditionelle Sache geht.

Aber nach der politischen Wende begann die Frage zu einem wichtigen Zeichen einer Revitalisierung der Ungarndeutschen zu werden. So war es auf Initiative des Verfassers dieser Zeilen beim damaligen Bürgermeister Zoltán FEJES 1993 dazu gekommen, dass an den Grenzen der Stadt Ödenburg zweisprachige Ortsschilder erschienen sind. Die Symbolik dieser Tatsache ist umso wichtiger, weil hier 1921 eine kontrovers bewertete Volksabstimmung entschied, dass die Stadt doch nicht zur Hauptstadt des neu entstandenen österreichischen Bundeslandes Burgenland wurde, sondern bei Ungarn verblieb. Aber auch in Städten wie Raab/Győr, wo es zwar einen traditionellen deutschen Ortsnamen gegeben hat, aber nie eine besonders große ungarndeutsche Gemeinschaft, konnten die örtlich gewählten Vertreter mit der Zeit erreichen, dass die mehrsprachigen Ortsschilder ziemlich weit verbreitet heutzutage in Ungarn das Straßenbild prägen. Das Zentrum der Ungarndeutschen in Fünfkirchen ist seit kurzem sogar dreisprachig ausgeschildert: Pécs/Fünfkirchen/Pečuh, da die hier lebenden Südslawen ebenfalls ihre Sprache anforderten.

Anders verhält es sich mit den Gassenschildern, die im Prinzip sehr selten zweisprachig erscheinen; eine rühmliche Ausnahme ist hier Ödenburg, wo allerdings mit Geld der Deutschen Selbstverwaltung im Stadtzentrum und im ehemaligen Pounzichertviertel (Pounzichter – also Bohnenzüchter ist die Bezeichnung der Ödenburger Wirtschaftsbürger, die gewöhnlich Weinbauer waren und zwischen den Reben Bohnen gezüchtet haben) die deutschen Gassennamen zu lesen sind. Es wurden aber nicht die jetzigen ungarischen Straßennamen übersetzt, sondern die historischen deutschen Gassenbezeichnungen wie z.B. Schlippergasse usw. verwendet. Auch in der Nachbargemeinde Kohlnhof/Koljnof/Kópháza, wo die Mehrheit der Bewohner zur kroatischen Minderheit gehört, existieren zweisprachige Gassenbeschilderungen, im Gemeindebild häufig ergänzt durch deutschsprachige Inschriften, wegen der grenznahen Verbindungen zu Österreich.

Bei Budapest machte in den letzten Jahren Werischwar auf sich aufmerksam, auf Initiative der Deutschen Selbstverwaltung entstanden in der Ortschaft elegante und ästhetische Gassenschilder, die Ungarisch, Standarddeutsch und in der ostdonaubairischen deutschen Dialektform von Werischwar die entsprechenden Straßennamen führen (vgl. MÜLLER 2013). Diese Erscheinung ist so zu bewerten, dass für viele Ungarndeutschen natürlich ihre eigentliche Muttersprache am nächsten ist und diese Bezeichnungen spiegeln tatsächlich die in der Gemeinde vormals benutzten Gassennamen wider. Selbstverständlich waren heftige Diskussionen bezüglich der „richtigen“ Verschriftung dieser Gassennamen vorprogrammiert, aber letztendlich konnte ein wissenschaftlich fundierter Kompromiss gefunden werden.



Abbildung 2 Gassenschilder mal anders – Ungarische, standarddeutsche und deutschdialektale Namen in Werischwar (Foto: Márta Müller)

2004 wurde ein anderes wichtiges Werk das erste Mal herausgegeben, die offizielle Liste der **deutschen Vornamen in Ungarn**. Laut Minderheitengesetz darf nämlich seit 1993 jeder ungarischer Staatsbürger deutscher Nationalität, nach den orthographischen Regeln in allen offiziellen Dokumenten geführt werden, vom Personalausweis bis zum Reisepass. Auch die alten deutschen Familiennamen, die im Laufe der Geschichte madjarisiert worden sind, können seitdem gebührenfrei wieder aufgenommen werden. Es steht außer Frage, dass diese Angelegenheit zu den wichtigen Grundsteinen der individuellen Identität gehört. Da in Ungarn eine strenge Vornamensgebungsregelung vorhanden ist und letztendlich häufig lediglich nach Erlaubnis der Ungarischen Akademie der Wissenschaften fremdklingende oder in der ungarischen Vornamensgebungs-tradition nicht existierende Vornamen berücksichtigt werden dürfen, wurde die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen des Öfteren mit Anfragen überhäuft. Es kam vor, dass Personen, die nicht zur deutschen Minderheit gehörten, mit dem Hinweis Vornamen registrieren wollten, die im deutschen Sprachraum entsprechend der sehr liberalen Regelungen zugelassen waren. Die ungarische Regierung forderte eine Stellungnahme der LdU an, diese beauftragte die Germanisten Koloman BRENNER, Elisabeth KNIPF und Maria ERB, eine Liste der ungarndeutschen Vornamen anzufertigen. Nach dem Erscheinen des Werkes (BRENNER/KNIPF/ERB 2004) wurden von den Standesämtern lediglich deutsche Vornamen zugelassen, die in der Liste standen. 2015 wurde diese Namensliste erweitert und online auf der Homepage der LdU veröffentlicht.

2005 erfolgte eine **Modifizierung des Minderheitengesetzes** und der Wahlmodalitäten. Die Verschärfung der Wahlmodalitäten wurde seitens der politischen Entscheidungsträger vor allem mit dem Hinweis auf die Erscheinung des sog. „Ethnobusiness“ immer lauter, dass also Nicht-Minderheitenangehörige sich zur Wahl gestellt haben um die staatlichen Subventionen dann z.T. privat zu verteilen bzw. nicht für Minderheitenzwecke einzusetzen. Des Weiteren ist es immer wieder dazu gekommen, dass z.B. im Falle der rumänischen Minderheit, nicht zu der autochthonen Gemeinschaft gehörende Vertreter gewählt wurden (häufig Roma oder Ungarn aus Rumänien), die 1999 verhindert haben, dass die Landesselbstverwaltung der Rumänen gegründet wird. Diese Probleme begleiten bis heute die Arbeit der rumänischen Minderheitenselbstverwaltung, die in der Region um die Stadt Gyula ihr Zentrum hat.

Die Veränderung, dass also nur diejenigen ungarischen Staatsbürger die deutsche Liste in ihrer Ortschaft wählen durften, die sich schriftlich vor der Wahl zur deutschen Volksgruppe bekannten und um ihre Aufnahme in die deutsche Wählerliste baten, sorgte zuerst zu einiger Unruhe, da wegen der erwähnten historischen Erfahrung der Vertreibung diese Art von Registrierung nicht unumstritten war. Während den Wahlen 2006, 2010 und 2014 funktionierte allerdings dieses System im Großen und Ganzen zufriedenstellend. Das neue **Gesetz über die Rechte der Nationalitäten aus dem Jahre 2011** veränderte das System nicht maßgeblich, obwohl über das Funktionieren dieser

neuen Regelung noch keine langfristigen Erfahrungen vorliegen. Laut Nationalitätengesetz CLXXIX/2011 bezeichnet man als Nationalität eine seit mindestens einem Jahrhundert in Ungarn ansässige Volksgruppe, die im Vergleich zur Bevölkerung des Staates in zahlenmäßiger Minderheit lebt, sich von der restlichen Bevölkerung durch eigene Sprache, Kultur und Brauchtum unterscheidet, ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl aufweist, dessen Ziel die Bewahrung der eigenen Sprache, Kultur und Brauchtum bzw. die Interessenvertretung und der Schutz der sich historisch entwickelten Gemeinschaften ist.

Zur Zeit sind im Lande 422 örtliche deutsche Minderheitenselbstverwaltungen aktiv, auch auf der mittleren Komitatsebene (Ungarn besteht aus 19 Komitaten, also Verwaltungseinheiten) sind seit der Wahl 2006 die Körperschaften entstanden. Der Landesrat der ungarndeutschen Chören, Kapellen und Tanzgruppen e.V. repräsentiert wie oben erwähnt einen Großteil der über 500 Kulturgruppen in Ungarn, die Bezüge zur deutschen Minderheit haben. Dies bildet die Basis der kulturellen Autonomie der Deutschen in Ungarn.

Schon im Minderheitengesetz 1993 wurde das Recht der Minderheiten in Ungarn auf ihre **parlamentarische Vertretung** verankert, dieses Recht ist auch in der Verfassung erschienen, laut dieser seien nämlich die Nationalitäten „staatsbildende Faktoren“. Trotzdem ist es der ungarischen Politik seit diesem Zeitpunkt lange nicht gelungen – wohl wegen des Fehlens des politischen Willens –, diese Frage zu lösen. Dieses Versäumnis der Politik war 1998 von einem Versuch des ungarischen Parlaments noch eindeutiger, wobei es die damaligen linken Regierungsparteien trotz ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit nicht schafften, einen vernünftigen und fachlich gut vorbereiteten Vorschlag zu verabschieden. Als Reaktion darauf gründete die deutsche, die kroatische und die slowakische Minderheit eine Wahlpartei mit dem Namen „**Nationalitätenforum**“ (ung. Nemzetiségi Fórum), der es gelang, innerhalb weniger Wochen eine Landesliste zu stellen, aber im kaum vorbereiteten Unterfangen konnten keine nennenswerten Stimmen gesammelt werden.

Erst 2013 wurde von der ORBÁN-Regierung der entsprechende Regierungsbeschluss und die notwendige Wahlgesetzmodifizierung angeregt: ein begünstigtes Mandat wurde so bei der Wahl 2014 prinzipiell möglich. Die auch aktuell gültige Regelung sieht vor, dass sich die Angehörigen der Minderheiten in eine Wählerliste eintragen (dies geschieht ja im Falle der Wahlen zu den Minderheitenselbstverwaltungen seit 2005 sowieso) und falls ihre Liste landesweit 25% der Stimmen bekommt, das zum günstigsten Mandat der Landes-Parteienliste notwendig war, dann sitzt ein Parlamentarier der Minderheit mit vollem Recht im Parlament. Allerdings verlieren diejenigen Wähler, die ihre **Registrierung für die Minderheiten-Wählerlisten** auch für die Parlamentswahlen aufrechterhalten, ihr Recht ihre Zweitstimmen für die Parteien abzugeben. Diese Tatsache führte vor den Parlamentswahlen 2014 dazu, dass viele diesem System kritisch gegenüberstanden und auch die politischen Parteien waren abgeneigt,

„ihre Stimmen“ den Minderheiten zu „schenken“, sodass viele Ungarndeutsche, die eine Partei unterstützten, von diesem Recht keinen Gebrauch machten. Nichtsdestotrotz sind seit den Parlamentswahlen 2014 sog. „**Fürsprecher**“ der 13 anerkannten Minderheiten in Ungarn im Parlament vertreten, allerdings ohne Stimmrecht. Dadurch bedingt, dass sie automatisch den Minderheiten-ausschuss des ungarischen Parlaments bilden, sind für die Minderheiten seit 2014 doch neue Möglichkeiten der politischen Interessenvertretung offen.

Es gibt seit 1993 also 13 gesetzlich anerkannte Nationalitäten in Ungarn:

- Armenier
- Bulgaren
- Deutsche
- Griechen
- Kroaten
- Polen
- Roma (Zigeuner²)
- Rumänen
- Ruthenen
- Serben
- Slowaken
- Slowenen
- Ukrainer

Ungarn hat die erwähnte Europäische Sprachencharta des Europarats schon 1992 gezeichnet und 1995 ratifiziert, sodass diese Regelung hier 1998 in Kraft getreten ist. Da wie erwähnt das Minderheitengesetz aus dem Jahre 1993 aus verschiedenen Gründen viele kleine Gruppen auch als offizielle Minderheiten anerkannt hatte (vor allem wegen den nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Ländern mit ungarischen Minderheiten), ist es nicht verwunderlich, dass sich die **Sprachencharta** in Ungarn bis zum Jahre 2008 nur auf **6+2 Sprachen** (Deutsch, Slowakisch, Kroatisch, Rumänisch, Serbisch, Slowenisch, Ruthenisch, Bulgarisch) bezogen hat. Erst 2008 beschloss das Parlament, dass auch zwei seitens der Roma-Gemeinschaft gesprochenen Sprachen berücksichtigt werden: Romani und Beas. Im Allgemeinen ist dazu bemerken, dass die Erfahrungen von 25 Jahren zeigen: eher das interne Minderheitengesetz prägt die Sprach- und Minderheitenpolitik in Ungarn, die Charta dient einer zusätzliche internationalen Absicherung.

Das ungarische Minderheitengesetz aus dem Jahre 1993, das 2005 modifiziert wurde, bot den Minderheitengemeinschaften in Ungarn prinzipiell die Rahmenbedingungen einer sog. kulturellen Autonomie an. In den vergangenen Jahren haben die sog. Minderheitenselbstverwaltungen zwar viele positive Impulse bewirkt in Kreisen der Ungarndeutschen, aber im Unterrichtswesen sind gegen Ende der 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts gewisse Warnsignale erschienen (vgl. auch DEMETER ZYZON 1999 und MOLNÁR 1999). In den Institutionen, wo auch Angehörige der deutschen Nationalität einen gesteuerten Weg des Lernens erreichen können, herrscht nach wie vor ein recht unterschiedliches

² In Ungarn benutzt ein bedeutender Teil der Roma-Gemeinschaft für ihre Eigenbezeichnung bis heute den Ausdruck „Zigeuner“, bis 2011 hieß ihre gewählte Körperschaft offiziell „Landesselbstverwaltung der Zigeuner“.

Bild, was die Qualität der Erziehung und des Unterrichts anbelangt. Die Überlegung, dass sich in den nächsten Jahren die gesamte Zukunft des Minderheitenunterrichts und höchstwahrscheinlich auch die Zukunft der deutschen Minderheit in Ungarn im Allgemeinen entscheidet, ist nicht neu (vgl. BRENNER 2003). Zweisprachige Klassenzüge wurden aufgelöst, der allgemeine Rückgang der Kinderzahlen führte in den früheren Jahren zur Schließung von Schulen, der notorische Mangel an gut ausgebildeten Deutschlehrern, das vollkommene Fehlen einer deutschsprachigen Ausbildung für Fachlehrer, die immer noch andauernde Problematik der entsprechenden Lehrwerke im Minderheitenunterricht usw. sind Signale dieser negativen Richtung.

Die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU) registrierte diese negativen Tendenzen und beschloss 1998, dass als Verwirklichung der kulturellen Autonomie die LdU als Trägerin von wichtigen schulischen und kulturellen Institutionen funktionieren sollte. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurden wichtige Schulzentren in eigene Trägerschaft der deutschen Minderheit übernommen. Seit 2004 funktioniert in dieser Form das **Valeria Koch Bildungszentrum** in Fünfkirchen (Südungarn) und das **Friedrich-Schiller-Gymnasium**, berufliches Gymnasium und Schülerwohnheim in Werschwar/Pilisvörösvár bei Budapest. Seit September 2015 wird das **Deutsche Nationalitätengymnasium Budapest** ebenfalls von der LdU getragen. Das **Ungarndeutsche Bildungszentrum (UBZ)** in der Stadt Baja, wird von einer Stiftung unterhalten, hier nimmt die LdU ebenfalls an der gemeinsamen Trägerschaft teil. Eine interessante neue Tendenz bezüglich der Zusammenarbeit der deutschen Firmen in Ungarn mit den „alteingesessenen“ Angehörigen der deutschen Minderheit repräsentiert die **Audi Schule in Raab**, seit September 2014 ist die Schulträgerin die Audi Hungaria Schule Öffentliche Träger- und Betreiberstiftung, gegründet von der LdU und in Mitträgerschaft der Audi Hungaria AG.

Weitere wichtige Institutionen zum Ausbau der kulturellen Autonomie wurden in diesen Jahren ebenfalls gegründet, so das Ungarndeutsche Pädagogische Institut und das Ungarndeutsche Kultur- und Informationszentrum (www.zentrum.hu). Auch ergänzende kulturelle und Jugendaktivitäten werden dadurch ermöglicht, dass die LdU als Trägerin die **GmbH Deutsches Haus** gegründet hatte, die das Haus der Ungarndeutschen in Budapest (1062 Budapest, Lendvay Str. 22) verwaltet, wo auch wichtige landesweite Vereine, bzw. die Wochenzeitung der Ungarndeutschen („**Neue Zeitung**“) ihren Sitz haben. In Waschludt/Városlőd wird das Jugendlager „Iglauer Park“ in Mitträgerschaft der LdU betrieben. Eine vollständige Auflistung aller bedeutenden Institutionen der Ungarndeutschen mitsamt ihren Detailangaben befindet sich im Anhang.

Die LdU hat das Ziel, dieses System von selbst getragenen Minderheiteninstitutionen aus- und aufzubauen, weil ansonsten die oben angeführten negati-

ven Tendenzen immer stärker die gesamte Situation mitprägen würden. Diese fatale Entwicklung könnte aus der Sicht der Ungarndeutschen nämlich perspektivisch existenzgefährdend eingestuft werden, da der normale Prozess der Weitergabe der Sprache in den Familien kaum mehr möglich ist. Aus den angeführten Gründen sind zwei, drei Generationen aufgewachsen, die sich dadurch auszeichnen, dass unter den Angehörigen der deutschen Minderheit prozentual gesehen relativ wenige eine deutsche sprachliche Varietät authentisch beherrschen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist 2015 zu verzeichnen, da infolge einer „Verstaatlichung“ der bis jetzt kommunal getragenen Schulen und Kindergärten, in fast 20 Fällen die **örtlichen Deutschen Selbstverwaltungen** Kindergärten und Grundschulen in eigene **Trägerschaft** übernehmen konnten, da die lokalen Entscheidungsträger das Gefühl hatten, so bleibt die Institution wenigstens unter Aufsicht von einem Gremium, das nicht im fernen Budapest sitzt.

Die LdU ließ für das Bildungswesen eine Strategie entwickeln, die unter dem Namen „**Wurzeln und Flügel**“ veröffentlicht wurde (vgl. ERB/KNIPF 2007). Eine neue Erscheinung ist seit 2014 zu bemerken, infolgedessen örtliche deutsche Selbstverwaltungen die Trägerschaft von Bildungsinstitutionen (Kindergärten oder Grundschulen) übernehmen und so den oben erwähnten notwendigen institutionellen Rahmen ausbauen. Diese neue Tendenz entstand, nachdem die seit 1990 kommunal getragenen Grundschulen und Kindergärten von der Regierung im Jahre 2013 eine neue, zentralstaatliche Trägerschaft bekamen: ab diesem Schuljahr wurden also dieselben nicht mehr von den einzelnen Gemeinde- oder Stadträten getragen, sondern diese Funktion übernahm die sog. „Klebsberg Zentrale für Institutionhaltung“ (ihre ungarische Abkürzung heißt KLIK), wie die deutsche Bezeichnung in der Gründungsurkunde etwas unglücklich formuliert heißt. Graf Kuno KLEBELSBERG, der Namensgeber dieser neuen zentralen Schaltstelle, war übrigens zwischen 1922 und 1931 der Kultusminister von Ungarn, er hat unter anderem erreicht, dass in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts innerhalb von 3 Jahren 5000 Volksschulen-Gebäude entstanden sind, die eine im Vergleich zum damaligen Niveau gute Bausubstanz und Ausstattung hatten und so eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Analphabetismus spielten. Als Kultusminister vertrat er die These, dass die ungarische Kultur besonders stark zu fördern sei, um die sog. „Kulturdominanz“ gegenüber den meisten Nachbarkulturen beeindruckend präsentieren zu können.

Dass in den kleinen Ortschaften auf einmal die Gemeinde- und Stadträte nicht wie gewohnt die pädagogische Arbeit und die Bestellung der Institutionsleiter beeinflussen konnten, sondern wegen jeder Kleinigkeiten innerhalb von der Klebsberg-Zentrale ein langer Dienstweg entstanden ist, wurde im ganzen Land unterschiedlich aufgenommen. Da die gewählten Minderheitenselbstverwaltungen laut Gesetz die Trägerschaft übernehmen können und falls das für Bildung zuständige Ministerium diese Übernahme genehmigt, auch die

staatliche Finanzierung und Sicherheit vorhanden ist, mussten lediglich einige Monate vergehen und es wurden in einigen Ortschaften solche Übernahmen geplant. Da landesweite Bildungsinstitutionen schon seitens der LdU seit einigen Jahren fachlich exzellente und auch im allgemeinen gute Erfahrungen mit der Trägerschaft der Minderheitenselbstverwaltung aufweisen konnten, waren die Weichen schnell gestellt, um dasselbe auch auf örtlicher Basis durchzuführen.

Selbstverständlich müssen die **Anregungen von den politischen Gremien** der betroffenen Gemeinde oder Stadt hervorgehen, die örtliche deutsche Nationalitätenselbstverwaltung kann laut Gesetz die Übernahme anregen, der Gemeinde- oder Stadtrat muss ebenfalls das Vorhaben unterstützen. Eben hier haben vielerorts die lokalen Politiker die Übernahme auch deswegen befürwortet, weil in dieser Form doch die örtlichen politischen Vertreter der deutschen Selbstverwaltung, also vor Ort die Entscheidungen treffen werden können. Im Jahre 2015 wurden 14 Kindergärten und Grundschulen in die Trägerschaft von deutschen Selbstverwaltungen übernommen, gewöhnlich in so traditionell „starken“ ungarndeutschen Gemeinden wie in Südungarn Wemend/Véménd, wo der Kindergarten betroffen ist, oder eben in Ödenburg die Deutsche Nationalitätenschule. Die ersten Erfahrungen spiegeln einen vorsichtigen Optimismus wider und es ist zu hoffen, dass in den nächsten Jahren auch die inhaltliche Arbeit in diesen Bildungsinstitutionen immer mehr der **Zielsetzung der Neubelebung der deutschen Sprache und Kultur** dienlich sein wird.

Eine wichtige Frage hierbei ist, **welches Deutsch** (also welche Varietät der deutschen Sprache) im Laufe von diesem Neubelebungsprozess als Zielsprache eingesetzt wird. Interessanterweise werden auch in den Schichten, die deutsche Dialektkenntnisse noch aufweisen können, die Kommunikationsdefizite der Dialekte scharf erfasst und bewertet. Es wird gefordert, dass die Kinder oder Enkelkinder in der Schule die Standardsprache erlernen sollen (vgl. ERB/KNIPF 1999: 183). Daraus ergibt sich die Frage, welche Standardvarietät hierbei zu benutzen ist. Da in der Zeit der kommunistischen Diktatur nach einiger Zeit an den germanistischen Lehrstühlen häufiger Lektoren aus der ehemaligen DDR tätig waren, kann behauptet werden, dass bis zur Wende die Normvorstellungen dieser Personen in der Ausbildung der Deutschlehrer dominant waren. Es ist leicht zu verstehen, welche Konflikte und Probleme erschienen sind, als die ungarndeutschen Schüler und Studenten mit der DDR-Norm konfrontiert wurden, noch dazu wurde ihnen ja schon in früheren Epochen nahegelegt, dass sie ja gar nicht richtig Deutsch könnten, nur „Schwäbisch“, also die deutschdialektale Varietät ihrer Vorfahren.

Da es eher unrealistisch ist, die einzelnen Dorfdialekte als die Zielsprache der Neubelebung der deutschen Sprache zu bestimmen, aber auch eine nördlich geprägte, eher als Wunschvorstellung als sprachliche Realität vorhandene deutsche Standardaussprache nicht als optimale Zielsetzung gelten kann,

geben uns Untersuchungen zu den sog. regionalen Standardsprachen Auskunft darüber, welches Deutsch wohl am besten zu unserem Ziel führen könnte (vgl. BEREND/KNIPF-KOMLÓSI (2006²) und BEREND (2015) bzw. Földes (2013¹) und (2013²)). Dass die österreichischen Besonderheiten und die in Ungarn traditionell vorhandenen süddeutschen Ausdrücke bei den regionalen Varianten der einzelnen Lexeme (also Topfen neben Quark oder Rauchfang neben Schornstein z.B.) zu berücksichtigen sind, liegt natürlich auf der Hand.

Aber im Allgemeinen wäre es wichtig, eine **süddeutsch-österreichisch** geprägte **regionale Standardvarietät** als Zielsprache zu benutzen, allerdings nicht in Südungarn, wo ja die dialektale Grundlage in Richtung einer hessischen und fuldischen regionalen Sprachform zeigt. In dieser Region bietet sich der hessische Sprachraum mit seinen alltagssprachlichen Besonderheiten als regionale Sprache an. Methodisch und sprachlich wäre diese Zielsetzung mit neuen Herausforderungen verbunden, aber meiner Meinung nach würden sich diese Anstrengungen lohnen, um die in Ungarn vorhandenen alten deutschen Sprachtraditionen aufrechtzuerhalten.

Es ist wichtig zu betonen, dass auch für den Staat Ungarn die Erhaltung bzw. Wiederbelebung der Zweisprachigkeit der Ungarndeutschen von Vorteil wäre. Ungarn und die etwa 10 Prozent der ungarischen Staatsbürger, die zu einer Minderheit gehören, wurden im Jahre 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Die Staatengemeinschaft betrachtet die Problematik der Minderheiten zwar eher aus der sprachlichen Perspektive, aber trotzdem sind die schon angeführten **sprachpolitischen Regelungen der EU** (z.B. die prinzipielle Förderung des Prinzips 1+2 Sprachen – dies beinhaltet die Zielsetzung, wonach jeder EU-Bürger außer seiner Erstsprache mindestens 2 weitere Sprachen beherrschen sollte) einerseits für die Minderheitensprachen, andererseits generell für die deutsche Sprache wichtig. Seit Ungarn Vollmitglied der EU ist, gilt zwar Ungarisch als offizielle Sprache der Union, aber de facto sind die drei sog. „Arbeitsprachen“ (Englisch, Französisch, Deutsch) besonders wichtig, wobei die absolute Dominanz des Englischen häufig beklagt wird. Dies verleiht ein zusätzliches Prestige der deutschen Sprache in Ungarn, zumal die Rolle der deutschen Sprache in der EU seit der deutschen Wiedervereinigung und der Mitgliedschaft von Österreich ständig größer wird.

Welcher deutschsprachige mediale Hintergrund kann diese Neubelebungsbestrebungen unterstützen? An dieser Stelle soll auch die Fernsehsendung der deutschen Minderheit in Ungarn „**Unser Bildschirm**“ und seine Rolle kurz angeschnitten werden. Auf Initiative des regionalen Studios des **Ungarischen Fernsehens** in der Stadt Fünfkirchen entstand sie im Jahre 1978, die ersten Sendungen wurden von der deutschen und damals noch als serbo-kroatisch bezeichneten Südslawen der Region gemeinsam gestaltet, 15 Minuten wurden in Deutsch, 15 Minuten in serbo-kroatisch gesendet. In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es selbstständige Sendungen für vier Minder-

heiten, es wurden auch Minderheitensendungen für die slowakische und rumänische Minderheit ausgestrahlt. Die Sendungen dauerten 20, später 30 Minuten lang und wurden im Nachmittagsprogramm des zweiten Programms des Ungarischen Fernsehens untergebracht. Des Weiteren hatte die Redaktion der deutschen Minderheitensendung die Gelegenheit, jedes Jahr drei oder vier zusätzliche Beiträge zu senden. So entstanden Dokumentarfilme wie z.B. „Wenn ich das Wort Heimat höre...“; „Blaufärber in Ungarn“; „Deutsche in der Stadt“; „Christkindlspiel in Totwaschon“ usw. Die Sendezeiten und die thematische bzw. medientechnische Gestaltung der Sendung sind nicht unproblematisch (zum Sprachgebrauch in der Sendung „Unser Bildschirm“ siehe BRENNER 2004).

Die **Rundfunksendung** für die Angehörigen der deutschen Minderheit blickt ebenfalls auf eine längere Geschichte zurück. Die erste deutschsprachige Sendung des Ungarischen Rundfunks wurde in der Silvesternacht 1956 ausgestrahlt. 2007 begann über vier Sendestationen und auf zwei Mittelwellenfrequenzen (873 bzw. 1188 kHz) die landesweite Ausstrahlung der Nationalitätensendungen durch den öffentlich-rechtlichen Sender namens **MR4** (Abkürzung: Ungarischer Rundfunk 4). Die Sendezeit beträgt aktuell zwei Stunden täglich zwischen 10 und 12 Uhr. Das sog. Wunschkonzert wird unter den relativ zahlreichen Zuhörern immer populärer seit dem Start der landesweiten Ausstrahlung. Die meisten Nachrichten und Meldungen werden allerdings von Themen beeinflusst, die das Wirken der ungarndeutschen Vereine, die Pflege der deutschen Kultur und natürlich auch politische Fragen, die das Leben der deutschen Minderheit in Ungarn betreffen.

Die sprachliche Zukunft der **Region Burgenland-Westungarn** wird sich in den nächsten Jahrzehnten ebenfalls neu gestalten, u.a. durch die vielschichtigen regionalen Kontakte (vgl. HUTTERER 1989 und BRENNER 2016¹). Dieselben wurden nach dem Schengen-Beitritt von Ungarn noch problemloser, die täglichen wirtschaftlichen (Arbeitnehmer in hoher Anzahl aus Westungarn leben ständig in der deutschsprachigen Umgebung in Österreich bzw. viele Einkaufstouristen aus Österreich halten sich auf der ungarischen Seite der Region auf), kulturellen und privaten Kontakte der ungarisch-, deutsch- und kroatischsprachigen Bevölkerung werden längerfristig interessante Entwicklungen der Mehrsprachigkeit mit sich bringen. Die „**kontaktbedingte Konvergenz**“ in diesem Raum (vgl. HUTTERER 1989) wird in einem immer schnelleren Tempo zur Herausbildung einer **Vielfalt von Mehrsprachigkeitsphänomenen** führen.

Einerseits werden die Neubelebungsanstrengungen der Ungarndeutschen durch das ständige mehrsprachige Umfeld und durch den Arbeitsplatz und privat bedingte ständige Kontakte mit deutschen Muttersprachlern aus der Region eine eindeutige Schubwirkung bekommen. Welche neue deutsche Varietät daraus entstehen könnte, bedarf einer präzisen und methodisch wohl überlegten Untersuchung. Andererseits entsteht eine immer breitere Schicht der Ungarn

(z.T. Zugezogene aus Ostungarn oder Angehörige der ungarischen Minderheit in Rumänien), die sich dadurch auszeichnet, dass die dazu gehörenden Personen nach einem vorhandenen oder nicht vorhandenen schulischen Deutschunterricht rudimentäre, aber immer lebendigere und aktivere Deutschkenntnisse erwerben. Inwiefern die burgenländische Bevölkerung einerseits die verbindenden kroatischsprachigen Brücken weiterhin ausbaut, oder sogar durch Mischehen und den ständigen sprachlichen Kontakt bedingt eine bescheidene ungarische sprachliche Kompetenz entwickelt, kann aus der heutigen Perspektive noch nicht bestimmt werden. All diese Mehrsprachigkeitsphänomene werden allerdings diese Region zu einem neuen Areal machen, wo die neuen Generationen die Mehrsprachigkeit als eine natürliche und positive Erscheinung betrachten werden.

Auch in den anderen beiden Siedlungsgebieten gibt es vorsichtig positive Impulse, wie oben erwähnt, in den nächsten Jahren wird sich aber entscheiden, inwiefern die deutsche Minderheit ihr spezifisches Gruppenbewusstsein (wieder)erlangen kann und ob die geschilderten Vorgänge zu einer tatsächlichen Revitalisierung der deutschen Sprache und Kultur in Ungarn führen können. Ob es gelingt, bleibt abzuwarten, die Chancen stehen aber momentan nicht schlecht. Letztendlich hängt dies auch vom Tun und Handeln eines jeden einzelnen ab...

LITERATUR

BALOGH, F. András (2003): Deutschland und die Änderungen in der Kultur Ungarns. – In: Brücke zu einem vereinten Europa. Literatur, Werte und Europäische Identität. Dokumentation der Internationalen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Karls-Universität Prag, 28.11.-1.12.2002 in Prag. (Hg.) Birgit Lermen/Milan Tvrđík u. Mitw. von Michael Braun, Lars Peter Schmidt und Frank Spengler, Prag: Konrad-Adenauer-Stiftung, 239-252.

BELLÉR, BÉLA (2000): Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933-1938. München: Speyer.

BEREND, Nina/KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (Hg.) (2001): Regionale Standards. Budapest/Pécs: Dialóg Campus Kiadó.

BEREND, Nina (2005¹): Regionale Gebrauchsstandards – Gibt es sie und wie kann man sie beschreiben? In: Standardvariation. Wie viel Variation verträgt die deutsche Sprache? (Hg.) Ludwig M. Eichinger/Werner Kallmeyer, Berlin/New York: de Gruyter, 143–170.

BEREND, Nina (2005²): Variation ja, aber welche? Zur Frage der Vermittlung von sprachlichen Varianten im Unterricht Deutsch als Fremdsprache. In: Germanistentreffen Deutschland – Großbritannien, Irland 30.9.–3.10.2004, Bonn: DAAD, 279–296.

BEREND, Nina/KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (Hg.) (2006¹): Sprachinselwelten – The World of Language Islands. Entwicklung und Beschreibung der deutschen Sprachinseln am Anfang des 21. Jahrhunderts – The Developmental Stages and the Description of German Language Islands at the Beginning of the 21st Century, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien, (= Nonstandard – Standard – Substandard, Bd. 27).

BEREND, Nina/KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (2006²): Sprachliche Variation als Herausforderung für den Deutschunterricht in Osteuropa. In: NEULAND, EVA (Hg.): Variation im heutigen Deutsch: Perspektiven für den Sprachunterricht. Frankfurt am Main: Peter Lang, 161–175.

BEREND, Nina (2005¹): Regionale Gebrauchsstandards – Gibt es sie und wie kann man sie beschreiben? In Ludwig M. Eichinger & Werner Kallmeyer (Hg.), Standardvariation. Wie viel Variation verträgt die deutsche Sprache?, 143–170. Berlin, New York: de Gruyter.

BEREND, Nina (2005²): Variation ja, aber welche? Zur Frage der Vermittlung von sprachlichen Varianten im Unterricht Deutsch als Fremdsprache. In DAAD (Hrsg.), Germanistentreffen Deutschland – Großbritannien, Irland 30.9.–3.10.2004, 279–296. Bonn: DAAD.

BERGNER, Christoph/ZEHETMAIR, Hans (Hg.) (2014): Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten. (Hg.) Christoph Bergner/Hans Zehetmair (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 92), München: Hanns-Seidel-Stiftung.

BRADÉAN-EBINGER, Nelu (1999): Kann eine Volksgruppe ohne Muttersprache bestehen? In: Suevia Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn. Jg. XVII (27) 1999, 23-36.

BRENNER, Koloman (1994): Das Schulwesen der deutschen Volksgruppe in Ungarn. In: Mit Sprachen leben. (Hg. HOLZER, Werner/PRÖLL, Ulrike), Klagenfurt 1994, 135-146.

BRENNER, Koloman (2003): Das Schulsystem der deutschen Minderheit in Ungarn auf dem Scheideweg. In: Kisebbségi oktatás és gyermekirodalom/Manjšinsko šolstvo in otroška literatura/Minderheitenschulen und Kinderliteratur. (Hg. Gábor Ruda) Pilisvörösvár, 74-78. A magyarországi németek oktatási rendszere választáton (ungarische Übersetzung), 79-82. Šolski sistem nemške manjšine na Madžarskem na razpotju (slowenische Übersetzung), 83-86.

BRENNER, Koloman/ERB, Maria/KNIPF, Elisabeth (2004): Magyarországi német utónevek jegyzéke. [Liste der deutschen Vornamen in Ungarn.] Budapest. Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen.

BRENNER, Koloman (2014¹): Deutsch(e) in Mittel-Ost-Europa. In: Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten. (Hg.) Christoph Bergner/Hans Zehetmair (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 92.), München: Hanns-Seidel-Stiftung, 71-74.

BRENNER, Koloman (2014²): (Sprachpolitik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung in Ungarn und in Südtirol im Vergleich. In: Südtirol. Vergangenheit -- Gegenwart -- Zukunft. (Hg.) Melanie Barlai/Christina Griessler/Richard Lein (= Andrásstudien zur Europaforschung Bd. 17), Baden-Baden: Nomos Verlag, 188-207.

BRENNER, Koloman (2014³): Das Autonomiemodell der deutschen Minderheit in Ungarn – eine Zwischenbilanz. In: Repräsentativität und kulturelle Autonomie. Aktuelle Probleme der autochthonen Völker und der nationalen Minderheiten. (Hg. Daniel Thürer/Romedi Arquint), Basel/Genf: Schulthess Verlag, 91-101.

BRENNER, Koloman (2016¹): Neue Tendenzen der Mehrsprachigkeit in Ödenburg und Umgebung. In: Rojena v narečje: akademikinji prof. dr. Zinki Zorko ob 80-letnici (uredil Marko Jesenšek), Mednarodna založba Oddelka za slovenske jezike in književnosti, Filozofska fakulteta, Maribor, 342-355.

BRENNER, Koloman (2016²): Deutsche Minderheit(en) und Institutionen. (= Budapest Beiträge zur Germanistik, Bd. 77, im Druck), Budapest: ELTE Germanistisches Institut.

BOCHMANN, Klaus (2007): Sprache und Identität in mehrsprachigen Regionen Osteuropas – Theoretische und methodische Ausgangspositionen. In: Sprachliche Individuation in mehrsprachigen Regionen Osteuropas. (Hg.) Klaus Bochmann/Vasile Dumbrava, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 13-43.

BORN, Joachim/DICKGIESSER, Sylvia (1989): Deutschsprachige Minderheiten. Mannheim.

BRUNNER, Georg (1999): Minderheitenrechtliche Regelungen in Osteuropa. In: Das Recht der nationalen Minderheiten in Osteuropa, (Hg.) Georg Brunner/Boris Meissner, Berlin: Berlin Verlag A. Spitz, 39-73.

GRIMM Gerhard/ZACH, Krista (Hg.) (1995): Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa. München.

GLATZ, Ferenc (1993): Minderheiten in Ost-Mitteleuropa. Budapest.

GLATZ, Ferenc (Hg.) (2002): Die deutsche Sprache und die EU aus ungarischer Sicht. Budapest.

DEMETER ZYZON, Mária (Hg.) (1999): Kisebbségek Magyarországon. Budapest.

DOBOS, Balázs (2009): Hiányosságok és korrekciók a magyarországi kisebbségpolitikában. In: Barátság, XVI./3., 2009. jún. 15., 6095-6098.

DOBOS, Balázs (2013): Nemzetiségi nyelvhasználat Magyarországon: Jogok és tapasztalatok. In: *Létünk/különszám*, 26-43.

EICHINGER, Ludwig M./PLEWNIA, Albert/Riehl, Claudia (2008): Handbuch der deutschen Sprachminderheiten in Mittel- und Osteuropa. Tübingen: Narr.

ERB, Maria/KNIPF, Elisabeth (1999): A magyarországi németek körében végzett nyelvismereti felmérés tanulságai. In: *Kisebbségkutatás 1999/2.*, Budapest, 176-187.

ERB, Maria/KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (Hg.) (2007): Tradition und Innovation. Beiträge zu neueren ungarndeutschen Forschungen. Budapest: ELTE Germanistisches Institut.

ERB, Maria (2010): Sprachgebrauch der Ungarndeutschen: Geschichte – Tendenzen – Perspektiven. In: Kostrzewa, Frank; Roberta V. Rada (Hg.): *Deutsch als Fremd- und Minderheitensprache in Ungarn. Historische Entwicklung, aktuelle Tendenzen und Zukunftsperspektiven.* Baltmannsweiler: Schneider-Verl. Hohengehren.

FÖLDES, Csaba (2005): Kontaktdeutsch. Zur Theorie eines Varietätentyps unter transkulturellen Bedingungen von Mehrsprachigkeit. Tübingen: Gunter Narr.

FÖLDES, Csaba (2011): Mitteleuropa als Erkenntnis-kategorie und Raum-Modell: ein Arbeitsfeld für die germanistische Linguistik. In: *Deutsch in Südost- und Mitteleuropa. Kommunikationsparadigmen im Wandel*, (Hg.) Bernardi Glovacki, Zagreb, 7-25.

FÖLDES, Csaba (2013¹): Deutschunterricht im didaktischen Bezugsraum zwischen Mutter-, Fremd- und Zweitsprache. Fachgeschichtliche und sprachpolitische Reflexionen anhand des Beispiels Ungarn. In: *Vielheit und Einheit in der Germanistik weltweit.* (Hg.) Franciszek Grucza, Frankfurt a.M. etc.: Peter Lang (= Publikationen der Internationalen Vereinigung für Germanistik, IVG 18), 225-233.

FÖLDES, Csaba (2013²): Sprachliche Praktiken im Spannungsfeld von Variation und Mehrsprachigkeit: Ein Beitrag zur Empirie. In: *Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache.* (Hg.) Karina Schneider-Wiejowski/ Birte Kellermeister-Rehbein/Jakob Haselhuber, Berlin/Boston: de Gruyter, 119-142.

GERNER, Zsuzsanna (2006): Identität – soziales Netzwerk – nationale Stereotype. Zur Identitätsbildung und Identitätsforschung in den deutschen Sprachinseln in Ungarn. In: *Sprachinselnwelten – The World of Language Islands Entwicklung und Beschreibung der deutschen Sprachinseln am Anfang des 21. Jahrhunderts – The Developmental Stages and the Description of German Language Islands at the Beginning of the 21st Century.* (Hg.) Berend, Nina/ Knipf-Komlósi, Elisabeth, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang, 149-173.

GRIMM, Gerhard/ZACH, Krista (Hg.): Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa, Bd. 1, München: Verlag Südostdeutsches Kulturwerk.

GRUBER, Ines Bianca (2015¹): Die Rechte der Minderheiten im Völkerrecht und im Europarecht. In: Bíró Gáspár Emlékkönyv: kisebbségi identitás és önrendelkezés a globalizmusban. (Hg.: Gyula Fábián/Albert Zsolt Jakab), Kolozsvár/Budapest: MTA Társadalomtudományi Kutatóközpont Kisebbségkutató Intézet, 85-110.

GRUBER, Ines Bianca (2015²): Die Minderheitenpolitik der Republik Ungarn gegenüber der ungarischen Minderheiten im angrenzenden Ausland nach der Wende 1989. Budapest. Dissertation an der Andrassy Universität Budapest, <http://www.andrassyuni.eu/uploads/landing/589-dissertationgruber.pdf>, gesehen am 15.06.2016.

HOFFMANN, Rainer (2014): Der völkerrechtliche Schutz von Minderheitensprachen. In: Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten. (Hg.) Christoph Bergner/Hans Zehetmair (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 92.), München 2014: Hanns-Seidel-Stiftung, 9-17.

HUTTERER, Claus Jürgen (1989): Kontaktbedingte Konvergenz im mehrsprachigen Raum (Burgenland/Westungarn). In: Dialektgeographie und Dialektologie (=Deutsche Dialektgeographie Band 90). (Hg. PUTSCHKE, Wolfgang/VEITH, Werner/WIESINGER, Peter). Marburg, 236-255.

HUTTERER, Claus Jürgen (1991): Aufsätze zur deutschen Dialektologie. (= Ungarndeutsche Studien 6) Budapest.

KAISER, Angela (2005): Minderheitenschutz in der Europäischen Union. Eine Untersuchung des „doppelten Standards“ des EU-Minderheitenschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Grundrechtecharta (= Schriften zum Staats- und Völkerrecht, Bd. 114), Frankfurt am Main, New York: P. Lang, 30-31.

KLEBES, Heinrich (1995): Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. In: *Europäische Grundrechte Zeitschrift*, 262-268.

KNIPF, Elisabeth/ERB, Maria (1998): Sprachgewohnheiten bei den Ungarndeutschen. In: Beiträge zur Volkskunde der Ungarndeutschen, Budapest, 138-146.

KNIPF, Elisabeth (2001): Dialekt „out“ – Standardsprache „in“. Zur Varietätenwahl im Sprachgebrauch der deutschen Minderheit in Ungarn. In: Die deutsche Sprache in Süd-Tirol. Einheitssprache und regionale Vielfalt (Hg. EGGER, Kurt/LANTHALER, Franz), Wien/Bozen, 99-115.

KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (2011): Wandel im Wortschatz der Minderheitensprache. Am Beispiel des Deutschen in Ungarn. Stuttgart: Steiner. (= ZDL Beihefte, Bd. 145).

KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth/RIEHL, Claudia Maria (Hg.) (2011): Kontaktvarietäten des Deutschen synchron und diachron. Wien: Praesens.

KRISCH, András: Vertreibung der Deutschen aus Ödenburg 1946. Escort, Sopron 2007. 34-35.

KÜPPER, Herbert (2013): Die Autonomie im System der Minderheitenrechte, In: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen* (1), 5-24.

MANHERZ, Karl (1977): Sprachgeographie und Sprachsoziologie der deutschen Mundarten in Westungarn. Budapest.

MANHERZ, Karl/WILD, Katharina (2002): Zur Sprache und Volkskultur der Ungarndeutschen. (= Ungarndeutsches Archiv Bd. 3), Budapest.

MOLNÁR, Helga (1998): Újratanulható-e az anyanyelv a magyarországi kisebbségi iskolákban? [Kann die Muttersprache in den Minderheitenschulen in Ungarn wieder neu gelernt werden?] In: *Kisebbségkutatás* 1998/3. Budapest, 321-323.

MÜLLER, Márta (2010): Die Situation des Schulwesens für die deutsche Minderheit in Ungarn. Vom Kindergarten bis zur Schule. In: KOSTRZEWA, Frank/RADA V., Roberta unter Mitarbeit von KNIPF-KOMLÓSI, Elisabeth (Hg.): Deutsch als Fremdsprache und Minderheitensprache in Ungarn. Hohengreben: Schneider, 96-118.

MÜLLER, Márta (2012): Formen und Nutzen des ungarndeutschen Minderheitenunterrichts. In: Traditionspflege und Erneuerung. Perspektiven der deutschen Nationalität in Ungarn im 21. Jahrhundert (Hg. Gábor Kerekes/Márta Müller). (= Neue-Zeitung-Bücher Reihe Wissenschaft, Band 1), Budapest, 99-116.

MÜLLER, Márta (2013): Bajor utcanevek egy magyarországi német településen [Bairische Gassennamen in einer ungarndeutschen Siedlung]. In: *Névtani Értésítő* 2013/35, 97-107.

UHRIN, Erzsébet (2009): Szlovák kisebbségi önkormányzati rendszer Magyarországon. In: *Barátság*, XVI./3., 6093-6094.

PAN, Christoph/PFEIL, Beate Sibylle (2000): Die Volksgruppen in Europa. Ein Handbuch (= Ethnos Bd. 56), Wien: Braumüller.

PAN, Christoph (2007): Modernisierung des Minderheitenschutzes durch das europäische Minderheitenrecht. In: Modernisierung von Justiz und Verwaltung. Gedenkschrift für Ferdinand O. Kopp, (Hg.) Dirk Heckmann, Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden: Boorberg, 211-232.

PAN, Christoph (2010¹): Südtirols Regionalentwicklung als Erfolgsbilanz. Vom Konfliktfall durch Minderheitenschutz zum Mehrwert. In: Vogt, Matthias Theodor et alii (Hrsg): Minderheiten als Mehrwert (= Schriften des Collegium PONTES, Band 6), Frankfurt a.M., 187-204.

PAN, Christoph (2010²): „Freiheit, die ich meine...“ – Volksgruppenrechte als Grundlage der europäischen Integration. In: Krimm, Stefan (Hrsg): *Acta Neustift 2009, „Freiheit, die ich meine...“ – Zum Ringen um Freiheit in der europäischen Moderne*, München, 273-290.

PAN, Christoph (2014): Minderheitenschutz in Europa mit Bezug auf Südtirol – Die Gratwanderung zwischen Gewalt und Vernunft. In: Südtirol. Vergangenheit -- Gegenwart -- Zukunft. (Hg. Melanie Barlai/Christina Griessler/Richard Lein) (= Andrásystudien zur Europaforschung, Bd. 17), Baden-Baden: Nomos Verlag, 145-168.

PESTI, Sándor (2006): Kül- és nemzetpolitika. In: Szabó Máté (Hg.), Szakpolitikák a rendszerváltás utáni Magyarországon 1990-2006, Budapest: Rejtjel, 284-353.

PFEIL, Beate Sibylle (2011): Die Südtiroler Leitbildfunktion für die Minderheitenpolitik in Europa. In: *Südtirolismen. Erinnerungskulturen – Gegenwartsreflexionen – Zukunftsvisionen*, Georg Grote/Barbara Siller (Hg. Innsbruck), 41-53.

PFEIL, Beate Sibylle (2012): Minderheiten im Kontext von Globalisierung und Regionalisierung. In: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen EJM* 1-2012, 1-6.

PFEIL, Beate Sibylle (2014): Krieg, „ethnische Säuberung“ und rechtliche Verwässerung. Minderheitenpolitische Strategien zwischen Verhinderung, Instrumentalisierung und (kultureller) Vernichtung. In: *Europäisches Journal für Minderheitenfragen EJM* 3-2014, 167-172.

PROTZE, Helmut (1995): Zur Erforschung deutscher Sprachinseln in Südost- und Osteuropa. Siedlung, Sprache, Geschichte und Wechselwirkungen. In: Grimm, Gerhard/Zach, Krista (Hrsg.): *Die Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa*, Bd. 1, Verlag Südostdeutsches Kulturwerk, München, 55-85.

REIN, Kurt (1999): Diglossie und Bilinguismus bei den deutschen in Rumänien und Ungarn sowie den GUS-Staaten. In: *Dialektgenerationen, Dialektfunktionen, Sprachwandel*. (Hg. STEHL, Thomas) (= Tübinger Beiträge zur Linguistik 411) Tübingen, 37-53.

SCHEURINGER, Hermann (2015¹): Auf dem Schachbrett der Nationen und Nationalitäten. Die höchst unterschiedlichen Geschichten der und des Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. In: *Zur Rolle und Positionierung des Deutschen in den Ländern Mitteleuropas. Sprachpolitische Überlegungen*. (Hg. Rita Brdar-Szabó, Elisabeth Knipf-Komlósi und Roberta V. Rada) Budapest: Germanistisches Institut, 29-44.

SEEWANN, Gerhard (1992): Siebenbürger Sachse, Ungarndeutscher, Donauschwabe? Überlegungen zur Identitätsproblematik des Deutschtums in Südosteuropa. In: *Minderheitenfragen in Südosteuropa* (Hg. Seewann, Gerhard), München, 139-155.

SEEWANN, Gerhard (2004): Zur Identität der Ungarndeutschen in Geschichte und Gegenwart. In: *Almai, Frank/Fröschle, Ulrich* (Hg.): *Deutsche in Ungarn, Ungarn und Deutsche. Interdisziplinäre Zugänge*. Dresden: Thelem.

SEEWANN, Gerhard (2012): *Geschichte der Deutschen in Ungarn. Band 1 und 2*, Marburg.

SPANNENBERGER, Norbert (2002): *Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1944 unter Horthy und Hitler*. München.

SPANNENBERGER, Norbert (2004): Die Lage der deutschen Minderheit in Ungarn im Spiegel des Minderheitengesetzes. In: *Deutsche in Ungarn. Ungarn und Deutsche. Interdisziplinäre Zugänge*. (Hg.) Frank Almai/Ulrich Fröschle, Dresden: Thelem.

SPENGLER, Frank/HEINEK, Otto (Hg.) (2015): *Zur Situation der Deutschen in Mitteleuropa*. Budapest: Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Ungarn.

SZARKA, László (2001): A közép-európai kisebbségek tipológiai besorolhatósága. In: *SISÁK, Gábor* (Hg.): *Nemzeti és etnikai kisebbségek Magyarországon a 20. század végén*. Budapest: Osiris/MTA Kisebbségkutató Műhely.

TÓTH, Ágnes (2001): Migrationen in Ungarn 1945-1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. (= Schriften des Bundesinstitutes für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 12), München: Oldenburg.

VÍZI, Balázs (2012): Minority languages and multilingualism in Europe and in the European Union. In: *European Studies* 29, 135-157.

VÍZI, Balázs (2013): Az Európa Tanács Regionális vagy Kisebbségi Jogok Európai Chartája. In: *Létünk* 2013/Sondernummer, 126-133.

ZIELBAUER, György (1989): Adatok és tények a magyarországi németek történelméből. 1945-1949. [Fakten und Daten aus der Geschichte der Ungarndeutschen 1945-1949.], Budapest.



Christiane Cosmatu

DIE DEUTSCHE MINDERHEIT IN RUMÄNIEN

Die deutsche Minderheit in Rumänien besteht aus unterschiedlichen Gruppen, die sich im Laufe von mehreren Jahrhunderten auf dem Gebiet des heutigen Rumäniens niedergelassen haben oder angesiedelt wurden. Die letzte Volkszählung von 2011 ergab eine Zahl von etwa 36.900 Personen, die zur deutschen Minderheit gehören, wobei es in der Zwischenkriegszeit noch über 800.000 Personen gab. Direkt nach der politischen Wende in Rumänien etablierte sich das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) als Interessenvertretung und organisierter Verband der deutschen Minderheit. Es ist – mit einem Landesverband als Dachorganisation – mit Regionalforen, Orts- und Zentrumsforen im ganzen Land präsent. Sie gewährleisten ein Netz, das den Rumäniendeutschen und den Sympathisanten des Forums die Teilnahme am Verbandsleben ermöglichen, so dass Sprache, Brauchtum, Religion und Kultur insgesamt gefördert werden können. Unter den Sympathisanten gibt es ehemalige Schüler der staatlichen Schulen, mit Unterricht in der Sprache der deutschen Minderheit, ehemalige Stipendiaten deutscher Institutionen und Stiftungen. In der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Jugendorganisationen in Rumänien (ADJ) mit Sitz in Hermannstadt/Sibiu sind Jugendgruppen und -vereine aus dem ganzen Land vertreten. Im Gemeinschaftsleben der Deutschen in Rumänien spielen darüber hinaus die Evangelische Kirche A. B. sowie die Römisch-Katholische Kirche eine wichtige Rolle.

Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) hat in diesem Jahr bei den Kommunalwahlen fünf Bürgermeistermandate, 10 Mandate in Kreisräten, 25 Mandate in Stadträten sowie 56 Mandate in Gemeinderäten erzielt. Vertreter der Minderheit gibt es ferner im Bildungsministerium, im Kulturministerium, beim Generalsekretariat der Regierung, beim Präsidialamt.

„Die deutsche Minderheit in Rumänien kann überleben, so lange es eine minderheitenfördernde Politik gibt, ein deutschsprachiges Schulwesen, deutschsprachigen Gottesdienst, deutschsprachige Medien, und deutschsprachiges Theater. Die Vertreterinnen und Vertreter des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien sind sich darüber im Klaren, dass Projekte zur Förderung der deutschen Sprache, der interkulturellen Zusammenarbeit und des deutschsprachigen Minderheitenschulwesens nur mit der rumänischen Gesamtgesellschaft und Politik denkbar sind. Neben der Vertretung ihrer eigenen Interessen hat die deutsche Minderheit deshalb auch ihre Verantwortung gegenüber der rumänischen Gesamtgesellschaft sowie deren Stellung in Europa im Blick.“ (Lou Bohlen in: „Identität und Hybridität – am Beispiel der Medien der deutschen Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Identitätsstifter; ifa- Edition Kultur und Außenpolitik)

Die in Rumänien verbliebenen Deutschen und ihre Interessenvertretung haben in Absprache mit der deutschen Seite eigene Vorstellungen von den Rahmenbedingungen entwickelt, die ihr Fortbestehen in Rumänien positiv beeinflussen konnten. Hierzu gehören die Stabilisierung des sicherheitspolitischen Umfeldes Rumäniens, verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für Rumäniendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland sowie ein breiteres Angebot an Studienmöglichkeiten für rumäniendeutsche Studenten an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, deutsche Abschlüsse in Rumänien für Gymnasialschüler – die Allgemeine Deutsche Hochschulreife an zwei Spezialgymnasien, in Bukarest und in Temeswar, das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz an rumänischen Schulen, inklusive Minderheitenschulen oder – abteilungen, Doppeldiplome von rumänischen und deutschen Universitäten für Studenten.

Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien wurde von 2002 bis 2011 von dem heutigen Präsidenten Rumäniens Klaus Werner Johannis geleitet. Vorsitzender des DFDR auf Landesebene ist seitdem Dr. Paul-Jürgen Porr. Jede Minderheitenvertretung, außer dem Ungarnverband, der die zahlenmäßig stärkste Minderheit in Rumänien vertritt, wird von jeweils einem Abgeordneten im rumänischen Parlament vertreten. Die ungarische Minderheit hat Abgeordnete und Senatoren, die über das gängige Parteigesetz gewählt werden. Abgeordneter der deutschen Minderheit im Parlament von Rumänien ist Herr Ovidiu Gaț, der wegen seiner guten Arbeit nicht nur von Angehörigen der deutschen Minderheit gewählt wurde.

Die ersten deutschen Ansiedler kamen schon im 12. Jahrhundert aus unterschiedlichen Teilen des heutigen Deutschland, aus Luxemburg, Lothringen, Elsass und Belgien nach Siebenbürgen, das damals unter ungarischer Herrschaft war. Sie wurden einfach „Saxones/Sachsen“ genannt, obwohl die von ihnen gesprochene Sprache dem heutigen Luxemburgischen am nächsten steht. In Transsilvanien angekommen, leiteten die deutschen Siedler einen Urbanisierungsprozess ein. Die sieben befestigten Burgen (Hermannstadt/Sibiu, Kronstadt/Brasov, Schässburg/Sighisoara, Klausenburg/Cluj, Mediasch/Medias, Mühlbach/Sebes, Bistritz/Bistrita) entwickelten sich zu Wirtschafts- und Kulturzentren und ermöglichten das Aufblühen einer vielfältigen deutschsprachigen Kultur innerhalb des Karpatenbogens. Anfang des 13. Jahrhunderts haben Teutonen auf dem Gebiet des heutigen Burzenlandes, Marienburg, Kreuzburg Rosenau, Wolkendorf und Zeiden gegründet, mussten aber bald weiterziehen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden in drei Zügen, die sogenannten „Schwaben“ im Banat angesiedelt, um das Land zu verteidigen, zu sanieren und um den Boden zu bebauen. Im 18. Jahrhundert kamen auch die Bukowinadeutschen, die später, d.h. 1940, zum Teil, Russland einverleibt wurden. Im 19. Jahrhundert wurden Deutsche aus dem Süden Bessarabiens angesiedelt (1877), von denen manche in die Dobrudscha, andere wiederum „heim ins Reich“ zogen. Es gibt auch weitere kleinere Gruppen, wie die Landler, die Zipser u.a. im 20. Jahrhundert gerieten manche Angehörige der deutschen Minderheit unter dem Sog der Ideologie des Nationalsozialismus, während andere wiederum in der Waffen SS zwangsrekrutiert wurden. Im Zweiten Weltkrieg war Rumänien ursprünglich an der Seite von Deutschland und Italien, wechselte dann aber die Seiten, so dass die deutsche Bevölkerung endgültig ins politische Abseits katapultiert wurde. Diese Fakten hatten schwerwiegende Folgen für die Angehörigen der deutschen Minderheit nach dem Krieg. Im Kommunismus hatten alle, sowohl die Mehrheitsbevölkerung als auch die Minderheiten, zu leiden, nicht nur in den 50er und 60er Jahren, sondern auch später. Ende der 60er Jahre kam es zum „Freikauf“ von Rumäniendeutschen durch die deutsche Bundesregierung, so dass zwischen 1967 und 1989 die Ausreise von 226.654 Rumäniendeutschen aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland erwirkt wurde. Diejenigen, die die Ausreise beantragten, verloren ihre Arbeitsstelle, ihr Hab und Gut, wenn sie dies nicht schon unmittelbar nach dem Krieg verloren hatten. Der Entschluss, Rumänien verlassen zu wollen, gefährdete auch die Situation anderer hinterbliebener Familienmitglieder. Ende der 70er und die 80er Jahre waren ebenfalls schwer, so dass es nach der Wende für viele Angehörige der deutschen Minderheit in Rumänien wichtig war, „auf den letzten Zug nach Deutschland aufzuspringen“. Der Exodus nach der Wende beschleunigte den Rückgang der Zahlen dramatisch. In „Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, unter dem Titel „Aussiedler“, von Anneli Ute Gabanyi gibt es ausführliche und dokumentierte Angaben zur Geschichte der deutschen Ansiedler in Rumänien. Die Situation der deutschen Minderheit im Rumänien des 20. Jahrhunderts wird etappenweise unter die Lupe genommen: Die deutsche Minderheit in Großrumänien, 1918 – 1944; Der Anfang vom

Ende: Krieg, Flucht, Verfolgung, Diskriminierung; Von der Familienzusammenführung zur Ausreise; Chancen und Risiken des Verbleibs in Rumänien; Bundesregierung für Stabilisierung der Deutschen in Rumänien; Fortbestand unter gewandelten Bedingungen. Der letzte Teil unter dem Titel „Sinkende Akzeptanz“ in der Bundesrepublik Deutschland, trifft für die Zeit zu, auf die sich der Artikel bezieht, denn heutzutage hat das Interesse für die deutsche Minderheit in Rumänien durch die Wahl von Klaus Werner Johannis zum Präsidenten Rumäniens einen Höhepunkt erreicht.

Unter diesen Bedingungen sind insbesondere in der deutschsprachigen Presse viele Artikel erschienen, die sich direkt oder indirekt auf die deutsche Minderheit in Rumänien beziehen. Klaus Werner Johannis war der Presse schon als erfolgreicher Bürgermeister von Hermannstadt aufgefallen, spätestens 2007, als die Stadt Kulturhauptstadt wurde. In einem Artikel von Daniel Ursprung, in der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 7.1.2015 unter dem Titel „Von privilegierten Siedlern zur geschützten Minderheit“ wird Johannis als „Hoffnungsträger für Rumänien“ bezeichnet. Es wird ferner hervorgehoben, dass die Sprache, der Glaube und die kulturelle Kontinuität das Zusammengehörigkeitsgefühl der unterschiedlichen Gruppen, die heute die deutsche Minderheit in Rumänien ausmachen, gefördert hat. Deutsche Sekundärtugenden, wie Unbestechlichkeit und Zuverlässigkeit, spielen in Rumänien weiterhin eine Rolle, insbesondere, wenn es um das konstante Interesse der rumänischen Elternschaft für die traditionsreichen Schulen der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben geht. Es ist bekannt, dass zwei aus Rumänien stammende Nobelpreisträger der letzten Jahre, die Schriftstellerin Herta Müller und Stefan Hell, der 2015 den Chemie-Nobelpreis errang und heute in Göttingen das Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie leitet, Schüler einer derartigen Eliteschule, nämlich des „Nikolaus Lenau“ Gymnasiums in Temeswar gewesen sind, wobei die Liste von Forschern und Erfindern, Schriftstellern und Komponisten, die diesem Schulnetz entsprungen sind, beliebig fortgesetzt werden könnte. Viele Lehrer dieser Schulen haben sich für das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien, für das Minderheitenschulnetz, für die Förderung der deutschen Sprache und Kultur auf vielfältige Art und Weise eingesetzt und tun es auch weiterhin mit Elan. Ein Artikel unter dem Titel „Brückenbauer in einem zerstrittenen Europa“ von Robert Schwartz, Journalist und Leiter der Abteilung für Rumänien bei der „Deutschen Welle“, erschien am 20.6.2016 anlässlich des Besuches von Bundespräsident Joachim Gauck in Rumänien. Darin wird die Brückenfunktion der deutschen Minderheit, des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und der engagierten Vertreter des Forums hervorgehoben. Die Regierungen beider Länder, die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben in Deutschland, Institutionen und Stiftungen sind im ständigen Dialog.

Fundierte Informationen zur deutschen Minderheit sind auf der Webseite des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, auf der Webseite von Dr.

Bernd Fabritius, MdB, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, Präsident der Siebenbürger Sachsen, auf der Webseite der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien, auf der Webseite der rumänischen Botschaft in Berlin, auf der Webseite des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und deutsche Minderheiten sowie auf der Webseite der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen abrufbar.

Vorrangiges Ziel der Politik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende ist die Stabilisierung der deutschen Minderheit in Rumänien gewesen. Der Weg dazu führte über die Verbesserung der diplomatischen Rahmenbedingungen in Rumänien und der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien sowie über ein weitverzweigtes Netz vielfältiger materieller Hilfeleistungen. So wurden aufgrund der am 21.4.1992 erfolgten Unterzeichnung des „Vertrags über Freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien“ die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für das künftige Überleben der deutschen Minderheit in Rumänien verbessert.

Im nächsten Jahr wird das 25jährige Jubiläum dieser Unterzeichnung gefeiert und es wird von beiden Regierungen anerkannt, dass das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien einen wichtigen Beitrag zu der vielfältigen Vertiefung der bilateralen Beziehungen geleistet hat und fortdauernd leistet. Im Rahmen der Gemischten Regierungskommissionen zur Förderung der deutschen Minderheit in Rumänien wurden in Zusammenarbeit Programme verabschiedet, die es ermöglichen sollten, den Bestand der deutschen Minderheit zu sichern und sie bei der Neugestaltung ihres gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen. Förderprogramme im Bereich der Landwirtschaft und zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben haben Unternehmern Starthilfen gewährt, wobei immer auch das Umfeld bedacht wurde. Es wurden medizinische und soziale Hilfsprogramme eingeleitet, Maßnahmen zur Ausbildungsförderung und zur Sicherung des kulturellen Erbes in Angriff genommen und das Schulwesen nicht nur durch die Entsendung von Lehrern, Fachschafts- und Fachberatern, sondern neuerdings auch durch finanzielle Unterstützung der einheimischen Lehrer, die in deutschsprachigen Schulen unterrichten, um ihre Abwerbung durch die Wirtschaft zu verhindern. Gleichzeitig geht es auch um die Einführung und Entwicklung der dualen Ausbildung.

Vertreter der deutschen Minderheit in Rumänien bedanken sich für die Unterstützung, die ihnen von beiden Staaten zugute kommt!



Dr. Ondrej Pöss

DIE MINDERHEITEN IN DER SLOWAKEI MIT SCHWERPUNKT AUF DEN KARPATENDEUTSCHEN

Im Monatsblatt der Karpatendeutschen „Karpatenpost“ ist vor 35 Jahren folgendes Gespräch erschienen:

Ein Deutscher aus Transkarpatien versuchte seinem Chef in Australien zu erklären, woher er stammt.

Der Chef fragte:

„Sie kommen aus Deutschland?“

„Ja, ich wohnte in Bayern.“

„Also ein Bayer sind Sie?“

„Ich bedaure nein. Ich kam erst nach dem Krieg nach Bayern, aus Munkatsch in Transkarpatien-Ukraine, oder auch Karpatenrussland genannt, das ist meine Heimat.“

„Jetzt verstehe ich: Ein Russe sind Sie!“

„Falsch geraten! Als ich geboren wurde, gehörte Transkarpatien zu Ungarn.“

„Also ein Ungar?“

„Leider nein. 1918 wurde meine Heimat die Tschechoslowakei.“

„Jetzt hab ich´s: Ein Tscheche!“

„Nein, 1939 wurde ich ungarisch.“

„Wieder ungarisch? Sie halten mich zum Narren! Dann sind Sie endgültig ein ...“

„Nein, nein, gar nichts bin ich! Nach dem letzten Krieg wurde meine Heimat wieder für kurze Zeit zur Tschechoslowakei.“

„Donnerwetter!“

„...und jetzt gehört sie zur Sowjetunion.“

„Also doch ein Russe!“

„Nein, ich wurde dort als Deutscher dort angesiedelt.“

„Wenn Sie also ein Deutscher nach Deutschland kamen, dann sind Sie doch endgültig ein Deutscher.“

„Das dachte ich ursprünglich auch. Ich befand mich damals gerade in Wien, als Österreich deutsch wurde.“

Mein Chef schlug die Hände über den Kopf zusammen. „Jetzt aber Schluss damit“, sagte er. „Für mich sind Sie einfach ein Europäer.“

Auch in diesem Gespräch spiegelt sich die wechselhafte Geschichte dieses westlichsten Teils der Ukraine wider, welche der Professor für deutsche Philologie an der Universität von Uzhorod, Georg Melika, deutlich beschrieben hat. Der Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Siedlungen in Transkarpatien-Ukraine und den Beziehungen zu den Karpatendeutschen in der Slowakei hat sich Georg Melika auch in dem Karpatenjahrbuch 1995 gewidmet.

Thema meines Beitrages ist aber eine Bestandsaufnahme der Lage der Minderheiten in der Slowakei mit dem Schwerpunkt der deutschen Minderheit.

DIE SLOWAKEI UND IHRE MINDERHEITEN

Der größte Teil der Slowakei, die bis 1918 zum Königreich Ungarn gehörte, liegt im inneren Bereich des großen Karpatenbogens. Als Binnenland ist sie umgeben von Österreich, der Tschechischen Republik, Polen, der Ukraine und Ungarn. Unter den europäischen Staaten gehört die Slowakei mit einer Fläche von 49.035 km² und 5,414 Millionen Einwohnern zu den kleineren Ländern Europas. Seit dem 1. Mai 2004 ist sie Mitglied der EU, am 1. Januar 2009 trat das Land der Eurozone bei.

Genauso wie andere Länder Europas, ist die Slowakei kein ethnisch homogenes Land. Seit der ältesten Zeit war das Gebiet der Slowakei ein Schauplatz der Migration von verschiedenen Stämmen und ethnischen Gemeinschaften. Im 5. und 6. Jahrhundert siedelten sich hier slawische Stämme an, im 10. Jahrhundert kamen die altungarischen Stämme hinzu. Im Verlauf weiterer Jahrhunderte sind in das Gebiet der Slowakei weitere Völkerschaften gekommen: die Deutschen, Juden, Kroaten, Italiener, osmanische Türken, Ruthenen, Ukrainer und andere, seit dem 14. Jahrhundert sind die Romas schriftlich belegt. Die Slowakei hat sich zu einem multikulturellen Land entwickelt, dessen volkstümliche Kultur durch inhaltliche und geographische Faktoren eine kompliziert strukturierte Ganzheit bildet. Zwischenethnisches und das sich in Kultur-, Ausbildungs- und Wirtschaftssphäre ausprägende Zusammenleben waren eine unbestrittene Quelle der gegenseitigen Bereicherung.

Als autochthone nationale Minderheiten sind zur heutigen Zeit in der Slowakei 13 Minderheiten anerkannt, die ungefähr 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Bei den Volkszählungen in der Slowakei wird nach der Selbsteinordnung in Nationalitäten (im Sinne der ethnischen Volkszugehörigkeit) gefragt, wobei alle diese Personen mit dauerhaften Wohnsitz auf slowakischen Staatsgebiet umfassen. Die größten Minderheiten nach der letzten Volkszählung 2011 sind zahlenmäßig die Magyaren (458.000, 8,5%) und die Roma (105.000, 2%). Die realen Zahlen dürfen aber von den Ergebnissen abweichen, zum Beispiel gibt der sogenannte „Atlas der Roma-Gemeinden“ aus dem Jahr 2013 eine Schätzung von 402.000 Roma, etwa 7,5% der Gesamtbevölkerung, an. Gerade bei der letzten Volkszählung kam es zu größeren Ungenauigkeiten.

Wenn in einer Ortschaft eine nicht slowakische Bevölkerungsgruppe mindestens 20% der Gesamtbevölkerung bei zwei oder mehr Volkszählungen erreichte, wird die Minderheitensprache als Zweite im Amtsverkehr verwendet, 2011 wurde diese Grenze auf 15%, verringert, was jedoch mit einigen Bedingungen verknüpft war.

Die Minderheiten in der Slowakei haben keine spezielle parlamentarische Vertretung. Außer der ungarischen ist keine Minderheit in der Lage, die gesetzliche Fünf-Prozent-Hürde für einen Einzug ins Parlament zu erreichen. Nur auf kommunaler Ebene haben die kleinen Minderheiten – auch die Deutschen – ihre Vertreter, darunter einige Bürgermeister.

Die Slowakei ist ein Land mit einer langen christlichen Tradition. Zur Römisch-Katholischen Kirche haben sich 2011 62% der Bevölkerung bekannt, zur Evangelischen Kirche 6%, des Weiteren meldeten 3,8% sich zur Griechisch-Katholischen Kirche, 1,8% zur Reformierten Kirche. Bei weiteren 14 Kirchen hat die Zahl nicht mehr als 1% erreicht, über 14% der Befragten haben kein Religionsbekenntnis angegeben.

Die Slowakei gehört nicht zu den traditionellen Zielländern für Migranten. 2015 beträgt der Ausländeranteil an der slowakischen Gesamtbevölkerung 1,56%, davon kommen 42% aus den Nachbarstaaten. Die offizielle Zahl der Muslime in der Slowakei ist nicht bekannt, die Anzahl der Gläubigen wird auf 5000 geschätzt. Bratislava/Pressburg ist die einzige Hauptstadt innerhalb der EU, in der es keine Moschee gibt.

DIE KARPATENDEUTSCHEN

Als „Karpattendeutsche“ werden jene Deutschen bezeichnet, die auf dem Gebiet der heutigen Slowakei (seit dem 12. Jh.) lebten und leben. Den Begriff „Die Karpattendeutsche“ hat Anfang des 20. Jahrhunderts Professor Reimund Friedrich Kaindl eingeführt.

Die Deutschen wurden seit Stephan I., dem ersten König Ungarns (1000-1038), als Fachleute ins Land gerufen. Sie waren Bergleute, Handwerker, Kaufleute, aber auch Ritter und Geistliche. Die tragischen Folgen der Mongoleneinfälle im Jahre 1241 veranlassten die deutschfreundlichen ungarischen Könige, die Verluste durch Besiedlung des vernichteten Landes auszugleichen. Die Welle der deutschen „Gäste“ erreichte ihren Höhepunkt im 13. und 14. Jahrhundert. Den Neuankömmlingen wurde zugestanden, nach ihrem heimischen „deutschen Recht“ leben zu dürfen. Eine realistische Schätzung des damaligen Anteils der Deutschen rechnet mit 20 bis 25% der Gesamtbevölkerung der Slowakei. Während der Hussiten- und Türkenkriege und später durch die Magyarisierung hat sich der Anteil der Deutschen stark verringert. Im 20. Jahrhundert lebten in der Slowakei insgesamt ca. 150.000 Deutsche (etwa 5 Prozent). Sie konzentrierten sich auf drei Siedlungsgebiete, in Pressburg (Bratislava) und seiner Umgebung im Westen der Slowakei, im Hauerland in der Mittelslowakei und in der Zips in der Ostslowakei.

Außerdem gab es einige isolierte Siedlungen, die erst im 18. und 19. Jahrhundert entstanden. Schließlich siedelten auch in den anderen größeren Städten des Landes einige Gruppen deutscher Siedler. Insgesamt gab es im Jahre 1945 150.000 Deutsche, ungefähr 85 Prozent von ihnen wurden aber 1945/46 vertrieben.

Die Lage der Karpattendeutschen, die aus verschiedenen Gründen in der Slowakei geblieben sind, war lange schwierig. Aufgrund der Benesch-Dekrete wurden ihnen mehrere Rechte aberkannt und Besitzgüter enteignet. Der hohe Assimilationsdruck und das abwesende deutsche Schulwesen in der Nachkriegszeit haben dazu geführt, dass die Karpattendeutschen Ende der 1980er Jahre in ihrer Existenz in der Slowakei vollkommen bedroht waren. Bei der Volkszählung 1950 bekannten sich 5179 Bürger zur deutschen Nationalität, 1980 waren es nur noch 2819. Nach der Wende bei der Volkszählung 1991 haben sich 5629, im Jahre 2001 5406, im Jahre 2011 4690 Personen zur deutschen Nationalität bekannt, es wird jedoch vermutet, dass ihre eigentliche Zahl doppelt so hoch ist.

SPRACHGEBRAUCH DER KARPATENDEUTSCHEN

Das Jahr 1945 bedeutete hinsichtlich des Sprachgebrauchs und der Identität der in der Slowakei verbliebenen Karpatendeutschen eine wichtige Zäsur. Die Prozesse waren vielschichtig. Einerseits übten bestimmte, nur das Deutschtum in der Slowakei betreffende politische, wirtschaftliche und juristische Retorsionen, wie die Vertreibung, die Internierung, die Entrechtung, die Vermögensenteignung von Deutschen, sowie das Verbot der deutschen Muttersprache eine äußerst negative Wirkung aus. Andererseits war unsere Volksgruppe weiteren allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Prozessen ausgesetzt, wie der Kollektivierung der Landwirtschaft und der damit verbundenen Liquidierung der privaten Bauernwirtschaften, die Fortsetzung der Urbanisierung und die fortschreitende Industrialisierung, die zur Auflösung der einst geschlossenen und kompakten bäuerlichen Dorfgemeinschaften führten.

Die slowakische Sprache ist auf allen Ebenen der Kommunikation die funktional primäre Sprache geworden. Sie ist nicht nur die Sprache der Öffentlichkeit, sondern verdrängt den Dialekt allmählich auch aus der privaten Sphäre. Eine erhöhte Gebrauchsfrequenz der slowakischen Sprache wurde und wird u.a. auch durch zahlreiche Mischehen herbeigeführt, in denen zugunsten der nicht-deutschkundigen Ehepartner oder Verwandten Slowakisch als Alltagssprache gebraucht wird. Auch die Tatsache, dass es keine mehrere Generationen vereinigenden Großfamilien mehr gibt, die unter einem Dach wohnen, führt dazu, dass es keine Kontinuität in der Weitergabe des Ortsdialektes durch die Ur-Großeltern gibt. Der Traditionsbruch bei der Weitergabe der Sprache ist auch mit den Diskriminierungen der Nachkriegszeit der 50er, 60er Jahre zu erklären.

Die hier nur kurz skizzierten Probleme sollten andeuten, dass die sprachliche Gegenwart und der Sprachgebrauch der Karpatendeutschen in der Slowakei ein komplexes, mehrfach zusammengesetztes Bild ergibt. Auf die Frage, wohin die dargestellten Prozesse unter den gegebenen Möglichkeiten und Herausforderungen im multikulturellen und multiethnischen Europa führen werden, bzw. in welchem Maße die neustrukturierte Minderheitenpolitik der letzten Jahrzehnten diese gegenwärtige Situation beeinflusst, werden wohl die nachfolgenden Jahrzehnte eine Antwort geben.

ZUM DEUTSCHUNTERRICHT IN DER GEGENWART

Zuerst lässt sich gut sagen, dass im Jahre 2001 in der Slowakei rund 340.000 Schüler an den 9-klassigen Gesamtschulen sowie an den Gymnasien und Fachschulen der Slowakei Deutsch lernten. Das bedeutet, dass bei einer Gesamtschülerzahl von 640.000 somit jeder 2. Schüler des Landes Deutsch als 1. oder 2. Fremdsprache lernte. Warum Deutsch es traditionell in der Slowakei als Sprache „recht“ leicht hat, kann man nicht nur der geographischen Nähe oder

den engen historischen Beziehungen zu Deutschland, sondern sicher auch der deutschen Minderheit zuschreiben. Und das ist sicherlich eine gute Basis für die Karpatendeutschen!

In diesen Jahren lernen in den slowakischen Grundschulen knapp 30 Prozent der Schüler Deutsch, an den Mittelschulen waren es gut 60 Prozent. Im Zusammenhang mit den steigenden Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland und Österreich erhöht sich auch das Interesse an der deutschen Sprache stetig. Nicht nur wegen der geographischen Nähe oder den engen historischen Beziehungen zu Österreich und Deutschland und den heute sehr guten Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern ist Deutsch eine beliebte Sprache in den Schulen, sondern auch dank der deutschen Minderheit hat sie eine gute Stellung im Land und sichert damit zugleich auch eine gute Basis für die Karpatendeutschen!

Seit der Novellierung des Schulgesetzes im Jahre 2011 unterrichtet man als obligatorische Fremdsprache nur Englisch. Eine zweite Fremdsprache kann nach Ermessen der Schulleitung im Rahmen der frei verfügbaren Stunden auf dem Stundenplan ihren Platz finden, oder auch nicht. Und das könnte sehr leicht der Beginn des tragischen Endes der Mehrsprachigkeit in der Slowakei werden. Eine Folge ist, dass bereits zahlreiche qualifizierte Deutschlehrer aus den slowakischen Schulen entlassen wurden. Anschließend stellte man fest, dass auch die Zahl der Bewerber für das Germanistik-Studium an den slowakischen Universitäten, insbesondere für die pädagogische Studienrichtungen, dramatisch gesunken sind. Zum Beispiel an der Uni in Neusohl von 60 Bewerbungen im Jahre 2000 auf 8 heute.

Die Argumente für Deutsch in der Slowakei sind eindeutig: es ist die verbreitetste Sprache in der EU, für Deutsch sprechen historische, geografische und nicht zuletzt auch wirtschaftliche Zusammenhänge. Englischkenntnisse alleine sind nicht ausreichend, 89 Prozent der Befragten meinten, dass Englisch zu wenig sei. Aufgrund der Aufforderungen der Europäischen Kommission sollten bis 2020 mindestens 75 Prozent der 15-Jährigen zwei Fremdsprachen lernen. Dies ist aufgrund der jetzigen Lage unerreichbar.

Wichtig wäre, dass auch in Wirtschaftskreisen die „Rettung“ des Deutschen eine Rolle einsetzen sollte. „Es ist ja kein Zufall, dass die aktuell gestarteten Pilotprojekte der dualen Ausbildung in der Slowakei mit Unterstützung von großen deutschen und österreichischen Unternehmen auf die Beine gestellt wurden. Deutsch spielt jedoch dabei keine Rolle. Schade!“

ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN DER KARPATENDEUTSCHEN IN DER GEGENWART

Erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gab es für die in der Slowakei lebenden Karpatendeutschen wieder Hoffnung. Am 30.9.1990 wurde der Karpatendeutsche Verein in der Slowakei (KDV) ins Leben gerufen (www.kdv.sk). Er repräsentiert bis heute die deutsche Minderheit in der Slowakei. Der KDV ist eine gesellschaftliche und kulturelle Vereinigung von Bürgern der Slowakischen Republik, die deutscher Nationalität, deutscher Herkunft oder deutscher Muttersprache sind, sowie von Sympathisanten der deutschen Minderheit in der Slowakei und ihrer Kultur.

Die deutsche Minderheit lebt auch heute noch in ihren historischen Siedlungsgebieten und dies spiegelt sich im organisatorischen Aufbau des Vereins wider. Der KDV hat ca. 4800 Mitglieder in 32 Ortsgemeinschaften, die auf Grund ihrer historischen und territorialen Zugehörigkeit in folgenden 5 Regionen zusammengeschlossen sind: Pressburg, Hauerland, Oberzips, Unterzips und Bodwatal.

Eine der wichtigsten Aufgaben des KDV ist die Unterstützung der Jugend und deren Verband, der Karpatendeutschen Jugend (KDJ). Ihr Hauptziel muss es sein, allen Jugendlichen gleich gute Chancen für das Aufwachsen in einer neuen, modernen Gesellschaft zu bieten und gleichzeitig ihr Bewusstsein für ihre karpatendeutsche Identität zu stärken (www.kdj.sk).

In den Ortsgemeinschaften des KDV sind viele Sing- und Tanzgruppen tätig, die das Jahrhunderte alte deutsche kulturelle Erbe und die traditionelle deutsche Volkskunst pflegen. Die Revitalisierung und der Wiederaufbau der deutschen Kultur findet, außer im schulischen Bereich, vor allem in den sieben Begegnungsstätten der Regionen statt, die im Rahmen der gemeinschaftsfördernden Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland für die Karpatendeutschen in der Slowakei unterstützt werden und in denen sich das rege kulturelle Leben der deutschen Minderheit abspielt. Mit Unterstützung der Slowakischen Republik wird seit Juli 1992 das „Karpatenblatt“ als Monatsblatt der Deutschen in der Slowakei herausgegeben (www.karpatenblatt.sk).

Die Karpatendeutsche Assoziation (KDA) als bürgerlicher Verein unterstützt mehr als 20 Jahre das Klein- und Mittelunternehmen in der Slowakei. Die KDA ist Träger des Projektes des deutschen Bundesinnenministeriums „Hilfen für deutsche Minderheit in der Slowakischen Republik“. Das Ziel der Fördermaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland ist finanzielle Unterstützung für die deutsche Minderheit und ihr Umfeld in der Slowakei. Die Kredite sind an Unternehmen gerichtet, die mit ihrer Tätigkeit die Wirtschaft der deutschen Regionen stärken. Das Ziel ist die Unterstützung der Kleinbetriebe in der Slowakei, die das traditionelle Handwerk und Dienstleistungen anbieten.

Seit 1994 ist unter dem Dach des Slowakischen Nationalmuseums auch das Museum der Kultur der Karpatendeutschen etabliert worden und zählt heute zu einer anerkannten kulturellen Einrichtung (www.snm.sk). Dem Museum ist es gelungen, eine Sammlung mit mehr als 6400 musealen Gegenständen mit Bezug zur Geschichte und Kultur der Karpatendeutschen aufzubauen. Das Museum hat ein reiches Ausstellungsprogramm und ist auch in internationale Forschungsprogramme einbezogen. Auch das Archiv und die Bücherei des Museums werden rege genutzt.

Der KDV ist ordentliches Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten bei der FUEV. Wir arbeiten eng mit den karpatendeutschen Landsmannschaften und Kulturorganisationen in Deutschland und Österreich zusammen.

ASPEKTE DER MINDERHEITEN IN DER UKRAINE

Am Nachmittag wurde die Nachmittagssektion mit dem Titel „**Aspekte der Minderheiten in der Ukraine**“ von Gabriele Baumann eröffnet. Es sprachen Walerii Pazkan, Vasyl Brenzovych, Taras Datsjo, Josef Geinisch, Josef Trunk und Mykhailo Halin.

Zu Beginn der Diskussion wurde die Lage der ungarischen und rumänischen Minderheit in der Westukraine erörtert. Durch die ungeklärte Identitätsfrage beider Gruppen seien interstaatliche Konflikte vorprogrammiert, so der Konsens. Als Beispiel wurde die Möglichkeit der Erlangung der ungarischen und rumänischen Staatsbürgerschaft für Mitglieder der entsprechenden ethnischen Minderheit in der Westukraine genannt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Menschenrechte, nationale Minderheiten und interethnische Beziehungen, Walerii Pazkan, erläuterte zudem, dass sich die Minderheitensituation in der Westukraine seit dem jüngsten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland verschärft habe. Nach der Besetzung der Krim wären Angehörige diverser Minderheiten in die Westukraine migriert, wodurch gesellschaftliche Spannungen entstanden seien. Trotz des Konflikts mit Russland erlebten Teile der Ukraine in jüngster Zeit einen wirtschaftlichen Aufschwung. Vor allem in diesen prosperierenden Gegenden sei es nun wichtig, die Selbstverwaltung ansässiger Minderheiten zu fördern.

Wichtig sei die nachhaltige Kooperation der Ethnien untereinander, so die Schlussfolgerung der Gruppe. Es müssten bessere Strategien erarbeitet werden, die es ermöglichen, sich als Minderheit zu organisieren. Der Ausschuss für nationale Minderheiten wird als unterstützende Institution genannt, die dabei als Plattform zur Ideenfindung helfen soll.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die staatliche Unterstützung der Minderheiten, vor allem in Gebieten wie Transkarpatien mit rund 100 unterschiedlichen Minderheiten, von denen bis zu einem halben Dutzend innerhalb eines Dorfes nebeneinander leben. Dabei gehe es nicht nur um die kulturelle Anerkennung, sondern auch um den unabdingbaren Zugang zu öffentlichen Mitteln zur Finanzierung der Selbstverwaltung.

Gerade die Ukraine mit einem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent, die keine ethnischen Ukrainer sind, brauche detaillierte Regelungen bezüglich ihrer Minderheiten. Diese hätten nur auf Bezirksebene, nicht aber auf Staatsebene ihre eigenen Institutionen. Die nachträgliche Einrichtung eines allgemeinen Ausschusses für ukrainische Minderheiten sei überfällig.

Erst durch gesetzliche Regelungen könnte nämlich ein grundlegender Minderheitenschutz in der Ukraine gewährleistet werden. Dies sei auch eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Annäherung des Landes an den Westen.

Eine besonders große Minderheitengruppe stellte die der Ungarn mit rund 156.000 Personen dar, erklärte Vasyl Brenzovych. Mehr als einhunderttausend von ihnen hätten neben dem ukrainischen auch einen ungarischen Pass. Obwohl die doppelte Staatsbürgerschaft in der Ukraine rechtlich anerkannt sei, gäbe es immer noch Probleme, die der ukrainische Staat jedoch in Ruhe und mittels eines intensiven Dialoges angehen müsste.

Die Zahl der Personen, die sich zur rumänischen Minderheit in der Ukraine zählen, liegt bei 33.000, so Taras Datsjo. In der sowjetischen Periode eingerichtete Institutionen sollten der im 20. Jahrhundert deutlich stärker vertretenen Gruppe entgegenkommen. Die aktive Sprachförderung, die Errichtung von rumänischsprachigen Schulen und Fakultäten, Radiosendern und seit 1989 diversen Organisationen habe Rumänen in der Ukraine geholfen, ihre Identität zu wahren. An diesem Beispiel zeigte sich allerdings eine andere Ursache für die Auflösung ethnischer Parzellen: Aufgrund prekärer wirtschaftlicher Verhältnisse sei ein großer Teil der Rumänen ins westliche Ausland abgewandert.

Um dieser Tendenz entgegen zu wirken, solle die Selbstverwaltung rumänischer Gruppen in der Ukraine im besonderen Maße gestärkt werden. Durch ihre geographische Lage seien sie zu weit von ihren Zentren, Kiew und Bukarest, entfernt und bräuchten mehr Handlungsspielraum, um Arbeitsperspektiven vor Ort zu schaffen.

Die slowakische Minderheit wiederum zähle um die 15.000 Personen in der Ukraine, obwohl sie in sowjetischer Zeit kaum Unterstützung erfahren habe. Seit der Perestrojka jedoch, so Josef Geinisch, kreierte die Minderheit unter anderem eigene Fernsehsendungen und folkloristische Veranstaltungen. Des Weiteren würde in diversen Schulen hauptsächlich in slowakischer Sprache unterrichtet, das „Zentrum für slowakische Kultur“ sei seit 20 Jahren fester Bestandteil eines ukrainischen Schulgebäudes und auch die slowakische Liturgie würde in mehreren Kirchen beibehalten. Da die kulturelle Selbstverwaltung der slowakischen Minderheit gut funktioniere, bliebe nur die Frage nach staatlicher Unterstützung offen, die es bisher nicht gebe.

ZUR SITUATION DER GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN DER MINDERHEITEN IN DER KARPATENREGION

Nun führte Pater Josef Trunk mit seinem Vortrag das Programm fort. Der seit 1994 in der Ukraine arbeitende Priester sei ursprünglich allein für die deutsche Minderheit tätig gewesen. Seiner Erfahrung nach hätten die Deutschen wie auch die Ukrainer keine ethnische Assimilierung in Betracht gezogen, son-

dern sich lediglich einem Volk zugehörig gefühlt. Nur aufgrund einer hohen Zahl deutscher Auswanderer sei es ihm möglich geworden, die sich stetig verkleinernde Minderheit mit ukrainischen Bürgern in Verbindung zu bringen. Die Varianz deutscher und ukrainischer Kirchenlieder während eines Gottesdienstes beispielsweise sei aus demographischen Gründen notwendig und keineswegs Ausdruck kultureller Annäherungsversuche.

Die Arbeit der Kirche zur Integration der Roma in Pausching bewertete Trunk bisweilen als schwierig. Einerseits gelänge das Zusammenleben wegen gravierender Mentalitätsunterschiede lediglich partiell, andererseits stünden nur private deutsche Hilfsgelder zur Verfügung, um den Lebensstandard der Roma zu verbessern. Die Kirche bemühe sich sehr effektiv, Roma durch Bildungsangebote und Arbeitsmöglichkeiten zu integrieren. Sie stelle auch Nahrungsmittel und medizinische Hilfe zur Verfügung. Die finanzielle Grundlage für diese Arbeit sei aber unzureichend.

Mykhailo Halin beschrieb die Lage der jüdischen Minderheit in der Ukraine im 20. und 21. Jahrhundert. Trotz aller Probleme konnte einem ausufernden Antisemitismus vorgebeugt werden. Kurz vor den Deportationen hätten noch ungefähr 127.000 Juden in der Ukraine gelebt, denen es möglich war, sich frei zu entfalten. Nach den Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes sei ab 1945 eine andere Art des Totalitarismus angebrochen, durch die es der jüdischen Gemeinde untersagt worden wäre, ihren Glauben auszuleben. Durch die Schließung und Umfunktionierung von Synagogen in zum Beispiel Sporthallen, sowie die Denunziation des jüdischen Glaubens, sei die Ausübung dessen nur noch im Untergrund möglich gewesen. Seit der Perestroika aber sei schnell wieder Normalität eingetreten und der jüdischen Gemeinde ihr Recht auf den freien Glauben zurückgegeben worden. Gegenwärtig gäbe es somit keine grundlegenden, sondern punktuelle Probleme für die jüdische Gemeinde. Es sei keine Rückgabe enteigneter Gebäude, vor allem Synagogen, erfolgt. Viele dieser Bauten seien sanierungsbedürftig, um das kulturelle Erbe der Juden aufrecht zu erhalten. Ein jüngst fertig gestelltes Museum über die Geschichte der Juden in Transkarpatien stellte hierfür, so Halin, einen gelungenen Ansatz dar.

Hartmut Koschyk schloss die Diskussion ab, nachdem er in seinem Beitrag ebenfalls bedauerte, dass der jüdischen Geschichte in der Ukraine kaum gedacht würde. Um die jüdische Geschichte und auch die der Verbrechen des Zweiten Weltkrieges stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken, schlug er vor, den Dialog mit lokalen Autoritäten zu suchen.

Die der Diskussion zugrundeliegenden Zahlen der Minderheiten beriefen sich auf die jüngste Volkszählung, dem „All Ukrainian Census“, von 2001.

Zusammengefasst von Krisztina Varga.



Hartmut Koschyk MdB

DIE INTEGRATION VON RELIGIÖSEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN

„Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“

Diese Worte entstammen dem 3. Buch Mose, das zu den Schriften gehört, die Juden wie Christen gleichermaßen heilig sind. Sie sind über 3000 Jahre alt und haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Wie oft mögen sie in diesem Gebäude, der Alten Synagoge von Uschhorod, während der feierlichen Gottesdienste aus der Thora vorgelesen worden sein?

Die Juden in Europa, in ihrer ganzen Vielfalt, waren und sind konstitutiv für die Geschichte dieses Kontinents. Insbesondere im Osten Europas tragen sie die Merkmale einer gleichermaßen religiösen wie ethnischen Minderheit, während sie im Westen zum größten Teil sprachlich und kulturell in der Mehrheitsbevölkerung aufgingen und sie somit nur noch den Charakter einer Konfession innerhalb der Gesamtnation tragen. Die Geschichte der Juden in Europa zeigt das ganze Spektrum von Situationen, die Minderheiten innerhalb einer Mehrheitsgesellschaft erleben können: von einem sich

gegenseitig befruchtenden Miteinander bis hin zu Ablehnung, Vertreibung und Vernichtung. Für das Volk der Deutschen ist dieses Spannungsverhältnis kaum zu ertragen: Hier die vielen deutschen Nobelpreisträger jüdischer Herkunft, dort das vom nationalsozialistischen Deutschland verübte Menschheitsverbrechen des Holocausts.

Ich empfinde es umso mehr als sehr glücklich, dass wir heute diese öffentliche Abendveranstaltung, die unser heutiges Symposium „Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten“ abschließt, in der Alten Synagoge durchführen. Heute Nachmittag haben wir von Herrn Mykhailo Halin einen interessanten Vortrag zur Situation der jüdischen Gemeinschaft hier in der Karpatenukraine gehört. Ich stehe noch ganz unter dem Eindruck dieses Symposiums, dessen Vorträge und Diskussionen von tiefer Sachkenntnis und hoher gegenseitiger Wertschätzung gleichermaßen geprägt waren. Ich möchte der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Rat der Deutschen in der Ukraine ganz herzlich für die Durchführung dieser Veranstaltung danken.

Vor gut 30 Jahren, gegen Ende der 1980er Jahre, schienen Minderheitenkonflikte in Europa im Großen und Ganzen der Vergangenheit anzugehören. Im westlichen Teil des Kontinents waren für viele nationale Minderheiten durch kluge und verantwortungsbewusste Politiker in geschickten Verhandlungen im besten Wortsinne „*modi vivendi*“ geschaffen worden, ich verweise hier nur auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 zugunsten der dänischen Minderheit in Deutschland und der deutschen Minderheit in Dänemark. Auch im kommunistisch beherrschten Teil Europas schienen für viele die Fragen nationaler Minderheiten durch die Anwendung der entsprechenden Lehrkonstrukte eines Wladimir Lenin oder Josip Titos gelöst zu sein. Nur wenige, wenigstens wenige im Westen, erkannten, dass diese sogenannten „Lösungen“ nur Kühlschränke waren, in denen die historisch bedingten Gegensätze eingefroren worden waren. Bei Ausfall der Energieversorgung – die bald durch den ökonomischen Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems erfolgen sollte – würden sie zwangsläufig wieder aufgetaut.

Zu denjenigen, die auf die brennende Aktualität eines wirkungsmächtigen Minderheitenschutzes hinwiesen, gehörte Ende der 1980er Jahre auch der Heilige Papst Johannes Paul II. In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1989 schrieb er: *„Es steht außer Zweifel, dass in diesem Augenblick internationaler Entspannung ... die Frage der Minderheiten erheblich an Bedeutung gewinnt und daher für jeden führenden Politiker oder Verantwortlichen von religiösen Gruppen und für jeden Menschen guten Willens Gegenstand aufmerksamer Überlegungen wird.“*

Johannes Paul II. hat seine Botschaft zum Weltfriedenstag unter das programmatische Leitwort „Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten!“ gestellt. Erlauben Sie mir, dass ich später noch einige Male auf dieses gleichermaßen

theologisch wie auch politisch fundierte und hochaktuelle Dokument zurückkommen werde.

Ich möchte Ihnen im Folgenden drei Gedanken grundsätzlicher Art vorstellen, über die wir in Europa – bei aller gebotenen Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles – Konsens erzielen müssen, wenn wir angemessene, tragfähige und zukunftsfähige Lösungsmodelle für offene Minderheitenfragen entwickeln wollen.

Erstens, wir sollten nicht mit dem unscharfen Begriff „Toleranz“ operieren. Ich vermeide dieses Wort in all meinen Äußerungen als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten konsequent. Das lateinische Grundwort „tolerare“ bedeutet „erdulden“, „ertragen“, ja: „aushalten“. Toleranz bringe ich gegenüber Eigenschaften und Verhaltensweisen auf, die ich innerlich ablehne, weil ich sie für schlecht halte. Ein Nichtraucher kann etwa Toleranz gegenüber Rauchern aufbringen, obwohl er Rauchen für schlecht hält. Ich halte aber religiöse und ethnische Minderheiten nicht für schlecht, schon gar nicht deren Angehörige.

Es darf deshalb nicht um irgendeine Toleranz gehen, es muss vielmehr um eine echte Akzeptanz gehen. Wieder macht der Rückgriff auf das lateinische Grundwort den Unterschied deutlich: „accipere“ bedeutet „annehmen“, in einigen Kontexten sogar „gutheißen“. Genau hierauf kommt es an: Die Angehörigen der nationalen Minderheiten müssen sich innerhalb der Mehrheitsgesellschaft im Wortsinne „akzeptiert“, also angenommen fühlen. Akzeptanz bedeutet Wertschätzung des anderen. Das Andere wird angenommen, ohne das eine Besserstellung des Eigenen beansprucht wird. Echte, aufrichtige Akzeptanz macht den Weg frei für die gegenseitige Bereicherung zwischen den Ethnien und Konfessionen. Papst Johannes Paul II. hat in seiner genannten Botschaft sehr treffend formuliert:

„Die Einheit des Menschengeschlechts besagt, dass die gesamte Menschheit über ihre ethnischen, nationalen, kulturellen und religiösen Unterschiede hinaus eine Gemeinschaft bildet, die keine Diskriminierung unter den Völkern zulässt und auf gegenseitige Solidarität ausgerichtet ist. Die Einheit verlangt auch, dass die Verschiedenheiten unter den Mitgliedern der Menschheitsfamilie für die Stärkung der Einheit selbst fruchtbar gemacht werden, anstatt neue Spaltungen zu verursachen.“

Die Verpflichtung, die Verschiedenheit anzunehmen und zu schützen, betrifft nicht nur den Staat oder die Gruppen. Jede Person als Mitglied der einen Menschheitsfamilie muss den Wert der Verschiedenheit unter den Menschen verstehen und achten und ihn auf das Gemeinwohl hinordnen. Ein offener Geist, der bestrebt ist, das kulturelle Erbe der Minderheiten, dem er begegnet, besser zu begreifen, wird dazu beitragen, Haltungen zu überwinden, welche

gesunde gesellschaftliche Beziehungen behindern. Es handelt sich hierbei um einen Prozess, der kontinuierlich fortgeführt werden muss; denn solche Haltungen wiederholen sich nur allzu oft unter neuen Formen."

Aus der echten Akzeptanz erwächst – und hier komme ich zu dem zweiten Aspekt, auf den ich eingehen möchte – die Bereitschaft, dass Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten ihre kulturellen Wurzeln nicht verbergen oder gar verleugnen müssen. Die Loyalität zum Heimatstaat leidet in keinsten Weise unter einem eindeutigen Bekenntnis zur eigenen Religion, Sprache und Kultur seitens einer religiösen oder ethnischen Minderheit, soweit die Rechtsordnung anerkannt und beachtet wird. Die Mehrheitsbevölkerung ist aufgerufen, die Minderheiten beim Erhalt und der Pflege ihres sprachlichen, spirituellen und kulturellen Erbes zu unterstützen. Papst Johannes Paul II. definiert die Einhaltung der Schutzstandards für nationale und religiöse Minderheiten sogar als Gradmesser für die freiheitliche und demokratische Entwicklung insgesamt:

„Denn die Achtung [den Minderheiten] gegenüber muss in gewisser Weise als der Prüfstein für ein harmonisches gesellschaftliches Zusammenleben und als Beweis für die von einem Land und seinen Einrichtungen erreichte gesellschaftliche Reife angesehen werden. In einer wirklich demokratischen Gesellschaft den Minderheiten die Teilnahme am öffentlichen Leben zu gewährleisten, ist ein Zeichen für einen gehobenen gesellschaftlichen Fortschritt. Er gereicht all jenen Nationen zur Ehre, in denen allen Bürgern in einem Klima wirklicher Freiheit eine solche Teilnahme garantiert ist.“

Dieser Grundsatz gilt auch dann, wenn die Minderheit zu diesem Zwecke Beziehungen zu Angehörigen derselben Ethnie und Konfession in benachbarten Staaten sucht und pflegt. Dieses betont auch die Friedensbotschaft des Papstes:

„Das Recht [der Minderheit, die eigene Kultur zu bewahren und zu entfalten,] ist eng mit [dem Recht] verbunden, mit Gruppen Beziehungen zu unterhalten, die ein gemeinsames kulturelles und geschichtliches Erbe haben und auf dem Territorium anderer Staaten leben“.

Deshalb sind unterstützende Programme seitens der sogenannten „Mutterstaaten“ – also der Staaten, in der die entsprechende Ethnie die Mehrheitsbevölkerung bildet – für den Spracherwerb und –erhalt sowie für auf Identitätsstärkung und Gemeinschaftsförderung für nationale Minderheiten abzielende Maßnahmen als Ergänzung zur Minderheitenschutzpolitik des Heimatstaates grundsätzlich sehr zu begrüßen. Von der so erhaltenen oder gar wiederbelebten bilingualen und bikulturellen Kompetenz von Angehörigen nationaler Minderheiten profitieren nicht nur diese selbst. Auch die jeweiligen Heimatstaaten und die jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen können hieraus Vorteile ziehen. Gerne führe ich hierfür ein Beispiel mit Bezug auf die Ukraine an:

Letztes Jahr im November haben wir im Bundesministerium des Innern eine große Veranstaltung mit deutschen Vertriebenen und Aussiedlern sowie mit Vertretern deutscher Minderheiten aus ganz Europa durchgeführt, die wir unter die Leitworte „Heimat – Identität – Glauben“ gestellt haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass Heimat, Identität und Glaube zusammen einen harmonischen Dreiklang bilden, fehlt einer dieser Töne, ist die ganze Harmonie dahin.

Mit dabei bei der Veranstaltung war die seinerzeit amtierende Miss Germany, die aus der südlichen Ukraine stammende Olga Hoffmann. Olga Hoffmann steht beispielhaft für die überwältigende Mehrheit der Aussiedler, die aus mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern sowie aus der früheren Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten in den letzten Jahrzehnten nach Deutschland gekommen sind: Sie erachten die Bundesrepublik Deutschland als ihre Heimat, als „ihr Land“; sie bleiben jedoch auch den Ländern, in denen sie und ihre Vorfahren so lange gelebt haben, emotional und sehr freundschaftlich verbunden. Olga Hoffmann nutzt heute ihre Popularität und engagiert sich für ukrainische Kinder, die durch die kriegerischen Auseinandersetzungen Eltern oder andere Verwandte verloren haben.

Beispiele für den Nutzen einer guten Minderheitenpolitik auch für die Mehrheitsbevölkerung lassen sich viele finden. So kann das Bestehen einer guten Minderheitenschule mit entsprechendem Sprachunterricht, die auch Kindern der Mehrheitsbevölkerung offensteht, ausschlaggebend für die Investitionsentscheidung einer ausländischen Firma sein, die dann Arbeitsplätze für die Bevölkerung in der Region schafft.

Bei der Unterstützung nationaler und religiöser Minderheiten durch Nachbarstaaten ist jedoch eines von entscheidender Bedeutung, was ich hier als dritten Punkt ausführen möchte: Ein Staat darf nicht die Menschen derselben Sprache oder Religion, die in einem anderen Staat leben, für seine eigenen Zwecke instrumentalisieren und damit missbrauchen. Insbesondere darf nicht die territoriale Integrität von Staaten und die Unverletzlichkeit von völkerrechtlich anerkannten Grenzen in Frage gestellt oder gar durch militärische Gewalt gebrochen werden. Unterstützungsleistungen müssen immer auch darauf ausgerichtet sein, die Loyalität der Angehörigen der Minderheit gegenüber ihrem Heimatstaat zu erhalten und zu stärken sowie ihre bestmögliche Mitwirkung als gleichberechtigte Staatsbürger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihres Heimatstaates anzustreben. Das Recht der Minderheiten auf Erhalt, Pflege und Entwicklung ihres religiösen, kulturellen und sprachlichen Erbes sowie deren staatsbürgerliche Loyalität gegenüber ihrem Heimatstaat sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille!

Deshalb tun die sogenannten „Mutterstaaten“ gut daran, den vertrauensvollen und konstruktiven Dialog nicht nur mit den Vertretern „ihrer“ Minderheiten, sondern auch und gerade mit den Regierungen und Verwaltungen der

jeweiligen Heimatstaaten zu suchen. Wir als Bundesregierung haben hier mit dem Format regelmäßig tagender bilateraler Kommissionen mit den Regierungen der Heimatstaaten der deutschen Minderheiten sehr gute Erfahrungen gemacht. Deshalb bin ich sehr froh, dass es im Mai dieses Jahres gelungen ist, zum ersten Mal seit fast 15 Jahren wieder die Sitzung einer deutsch-ukrainischen Regierungskommission abzuhalten, die gemeinsam von der 1. Stellvertretenden Kulturministerin der Ukraine, Frau Switlana Fomenko, und mir in Kiew geleitet wurde. Die Tatsache, dass die ukrainische Regierung bereit war, trotz schwierigster politischer, wirtschaftlicher und nach wie vor noch angespannter Sicherheitslage die Arbeit in der Regierungskommission wieder aufzunehmen, ist ein wichtiges Signal für die deutsche Minderheit in der Ukraine. Die Wiederaufnahme der Arbeit der Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der in der Ukraine lebenden Personen deutscher Abstammung ist auch ein Zeichen dafür, welche Priorität die ukrainische Regierung den bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, aber auch dem europäischen Kontext des Minderheitenschutzes beimisst. Ich bin Frau Ministerin Fomenko sehr dankbar dafür, dass sie die Bereitschaft der ukrainischen Regierung bekräftigt hat, die deutsche Minderheit bei deren Kultur- und Bildungsarbeit auch weiterhin zu unterstützen. Ich verspreche mir auch viel davon, dass künftig in die Planung der Fördermaßnahmen Vertreter von regionalen Verwaltungen einbezogen werden sollen und mit Behörden und Einrichtungen, die im deutsch-ukrainischen Jugendaustausch tätig sind, eine stärkere Kooperation stattfinden soll. Für die deutsche Bundesregierung sichere ich Ihnen zu, dass wir unsere Unterstützung für die deutsche Minderheit in der Ukraine auch künftig in völliger Transparenz und im Geiste guter Nachbarschaft leisten wollen.

Der Verlauf der Regierungskommissionssitzung im Mai in Kiew sowie der Geist von Verständigung und Zusammenarbeit, der auf dem heutigen Symposium zutage trat, machen mich sehr zuversichtlich, dass die heutige Ukraine auch in Frage des Minderheitenschutzes ihre „europäische Wahl“ bereits getroffen hat. Das kann für die ganze Region beispielgebend wirken und auch zu einer Entwicklung in Richtung Frieden und Stabilität in der gesamten Ukraine beitragen.

Ich wünsche der Ukraine eine gute Zukunft!



Andrii Jurasch

DIE INTEGRATION VON RELIGIÖSEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN

Liebe Freunde, nach solch einem mächtigen Musikwerk des genialen deutschen Komponisten Johann Sebastian Bach, das wir uns eben angehört haben, ist es recht kompliziert, zu sprechen. Denn wir sind es gewöhnt, mit rationalen Kategorien zu operieren, und diese Arie berührte ganz tief und zärtlich die irrationalen Seiten in unseren Herzen, daher fällt es mir, offen gesagt, sehr schwer, mich umzustellen und einige obligatorischen Dinge zu sagen, die hier recht wichtig sind.

Sehr geehrter Herr Koschyk, sehr geehrte Frau Baumann, lieber Herr Leysle, sehr geehrte Gastgeber, Herr Riwis und Herr Salaj, der hier in Transkarpatien die entsprechende Abteilung für Religionen und Nationalitäten leitet. Es ist eine sehr wichtige Maßnahme, die wir heute miterlebt, mitgespürt und auf der wir vieles besprochen haben. In diesem Rahmen konnten wir das reale Leben in einer ukrainischen Region sehen. Die These, dass die Ukraine multinational und multikonfessionell ist, brauchen wir nicht zu beweisen, das ist allen klar. Und Transkarpatien ist in diesem Sinne eine Region, die diese Idee umsetzt und anschaulich macht.

Das heisst, einerseits scheint alles offensichtlich und unstrittig zu sein. Wenn man aber solche Dinge zu analysieren

beginnt – ich meine das pluralistische Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen –, dann kommt man zum Schluss, dass dies die Konstanten des Daseins sind, die immer wieder verarbeitet und nachvollzogen werden sollten. Diese Erscheinung, dieses Phänomen ist potentiell konfliktgeladen. Daher ist die Atmosphäre der Toleranz, die in dieser Region herrscht, eine riesige Errungenschaft und ein riesiger Vorteil. In diesem Zusammenhang können wir sagen, dass auf eine für uns unbekannt Art und Weise bedeutende und relevante Transformationen stattfinden. Ich meine, dass gewisse rationale Dinge zu völlig irrationalen Errungenschaften werden. In diesem Fall geht es um die Harmonisierung der Beziehungen zwischen Völkern und Nationen, die mal jahrhundertlang nebeneinander lebten, mal vor kurzem erst in den täglichen Austausch kamen.

Der zweite wichtige Moment, der im Rahmen dieses Treffens zu Tage kam und den Herr Koschyk in seine Rede wunderschön einflocht, ist ein bewusster Wunsch der Veranstalter, zwei ähnliche, d.h. nicht gleiche, und trotzdem untrennbare Dinge zu verbinden, und zwar das Leben der nationalen Minderheiten und das der religiösen Gemeinschaften. Für die Ukraine ist es bereits eine Tradition, denn unser Staat löst diese Fragen im Rahmen einer Behörde, derzeit ist das eine einschlägige Abteilung im Kulturministerium. Für uns ist es also ein Axiom, dass diese Probleme schon immer verbunden waren, deswegen versuchten wir, diese komplex zu lösen.

Und als Bischof Serge Maschewski, der Leiter der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Ukraine, über dieses Ereignis, in dessen Mittelpunkt selbstverständlich die deutsche Gemeinschaft steht, erfahren hat, schickte er sein Grußwort für unsere Konferenz, dessen Text ich Herrn Leysle bereits übergab. Ich zitiere nur einige Sätze, denn es ist meines Erachtens wichtig, um die definitive doppelte Einigkeit von religiösen und ethnonationalen Wurzeln noch einmal zu bestätigen, u.a. im Rahmen dieser Veranstaltung.

Ich zitiere in der (Anm.: russischen) Originalsprache, in der ich es bekommen habe: „In Gott geliebte deutsche Minderheiten, möge die Gnade unseres Gottes Jesus Christi und Gottes Liebe mit Ihnen sein! Wir sehen und gehen davon aus, dass Ihre Veranstaltung einen neuen Anfang für uns und unsere Kinder machen wird, und zwar durch Vergebung, Pönitentz und Hoffnung, einen neuen Anfang in einer freien, unabhängigen europäischen Ukraine“. Und dann gibt der Bischof dieser Konferenz seinen Segen.

Heute hörten wir viele bildhafte Worte. Frau Baumann sagte, wie lange die Gäste nach Transkarpatien gefahren sind, denn die Entfernungen sind hier wirklich groß. So etwas erlebte auch ich. Ich habe recht oft Transkarpatien besucht, kam aber immer mit dem Auto hierher. Diesmal fuhr ich aber mit der Bahn, genauer gesagt, zum ersten Mal fuhr ich mit dem Elektrozug. Dadurch erlebte ich einmalige Erfahrungen, denn ich musste ganz lange und mystische

Gebirgstunnel passieren. Und so kam ich auf eine unerwartete Assoziation, die auch mit den nationalen Minderheiten zu tun hat. Um eine Erscheinung richtig zu verstehen, soll man sich in ihr Wesen maximal vertiefen. Wenn man nach Uschhorod fährt, vertieft man sich in die eigentliche Fahrt, in die Erlebnisse und in die Eindrücke, man experimentiert mit neuen Mitteln, um das Ziel zu erreichen, d.h. um eine konkrete Region zu erkennen. Genauso experimentiert man mit jedem neuen Bereich, u.a. mit den zwischennationalen Beziehungen. Man erreicht ein neues Niveau, nur wenn man tiefer eintaucht, wenn man zuvor unbekannte Wege wählt.

Ich bin Herrn Koschyk dankbar, dass er heute bereits mehrmals den Wiederaufbau der ukrainisch-deutschen Kommission erwähnt hat, die seit 15 Jahren nicht mehr getagt hat. Vier Staatspräsidenten wurden in der Ukraine abgelöst, diese hatte aber keine einzige Sitzung. Es gab gewisse Diskussionen, auch vor dieser Konferenz, aber nicht wegen des Bedenkens, dass diese Kommission von Nöten ist. Es war schlechthin notwendig, das Phänomen der Tätigkeit solch eines Instituts neu zu begreifen, denn wir verstehen: Diese Kommission, die seit langem nicht mehr tagt, hatte auf der Grundlage der Gesetzgebung und der Regierungsabkommen aus den frühen 1990er Jahre funktioniert. Mittlerweile sind 20 Jahre vergangen. Nun verstanden alle, dass die Kommission auf einem neuen Niveau arbeiten soll.

Konzentrierte sich die Kommission vor 20–25 Jahren auf praktische Anpassungsprobleme von Vertretern der deutschen Gemeinschaft, die aus den Orten der Deportation zurückkehrten, so ist der Charakter der heutigen Probleme ganz anders. Nach zahlreichen Diskussionen sind wir uns nunmehr einig, womit sich die Kommission befassen soll. Auch Herr Leysle kann bestätigen, dass wir uns endlich verständigt haben. Die deutschen Organisationen fingen z.B. bereits an, Gedenkmaßnahmen aus dem Anlass der Deportation der Deutschen aus der Ukraine zu organisieren. Und diese Kommission soll eigentlich die Lösung solcher Probleme fördern.

Die deutsche Gemeinschaft lebt und entwickelt sich als integrierender Bestandteil der modernen ukrainischen politischen Nation, des politischen Systems. Deswegen war es wichtig, beim Wiederaufbau bzw. beim Beginn der Arbeit dieser Kommission unter den neuen politischen Bedingungen ihre Tätigkeit mit einer neuen intellektuellen und politischen Botschaft zu versehen. Wir sind gerne bereit, die Arbeit der Kommission maximal zu unterstützen, verschiedene Koordinierungsfunktionen zu übernehmen, wobei wir offen gesagt verstehen, dass 70-80% aller Aufgaben, die diese Kommission erfüllen soll, mit der Mission unseres Ministeriums nicht zu tun haben.

Sehr wichtig ist unseres Erachtens noch eine These, die Herr Lyesle zum Ausdruck brachte und die noch nicht ordentlich bewertet wurde. Ich meine, dass das Jahr 2017 zum Jahr der ukrainischen Sprache in Deutschland und zum Jahr

der deutschen Sprache in der Ukraine erklärt wurde. Das ist eine durchaus alternativlos wichtige Idee, die auf der Ebene von Gemeinden, Institutionen, auf der Ebene der Konrad-Adenauer-Stiftung maximal verbreitet, kommuniziert und vermittelt werden soll.

Natürlich sollen wir im Kontext unserer Zusammenarbeit mit den deutschen Gemeinschaften in der Ukraine, aber auch im Rahmen der Umsetzung eines komplexen ethnopolitischen Programms der ukrainischen Regierung langfristige denken. Ich will jetzt nicht alles umfassen, gehe aber kurz auf einige grundlegende Punkte ein, die jetzt im Kontext der Entwicklung der ethnopolitischen Idee in der Ukraine umzusetzen sind.

Erstens ist es das gesetzgeberische Umfeld. Es gibt zumindest drei Gesetzentwürfe, die nachgearbeitet oder neu gefasst werden sollen. So wollen wir auf der Grundlage von europäischen Ansätzen und Prinzipien eine neue Fassung des Gesetzes über die nationalen Minderheiten und ein völlig neues Gesetz über indigene Völker verabschieden. Das letztere soll in einigen Monaten der Werchowna Rada der Ukraine zur Erörterung vorgelegt werden. Und später wollen wir auf der Basis dieser Gesetzentwürfe der Gesellschaft und dem Experten-umfeld eine moderne Fassung des ethnopolitischen Konzepts der Entwicklung unseres Staates anbieten.

Der zweite Punkt betrifft die Gründung eines Expertenrates für Fragen der Ethnopolitik. Im Departement für Religionen und Nationalitäten des Kultusministeriums der Ukraine gibt es seit zwei Jahren einen Rat für Religionen. Er ist von größter Bedeutung und sehr nützlich. Im Rahmen seiner Tätigkeit wurden bereits zwei Gesetzentwürfe entwickelt. Solch ein Expertenrat sollte auch auf der Ebene der ethnopolitischen Probleme funktionieren.

Die dritte Frage betrifft den Aufbau des Rates für Nationalitäten oder eines Rates für nationale Gemeinschaften (es gibt dafür noch keine genaue Bezeichnung), der Interessen verschiedener nationaler Gemeinschaften der Ukraine vertreten kann. Im religiösen Bereich werden wir in diesem Jahr den 20. Jahrestag des Allukrainischen Rates für Kirchen und religiöse Organisationen begehen. Das ist eine einmalige Struktur, die wohl kein anderer europäischer Staat hat, sie umfasst 87 Prozent aller religiösen Organisationen unseres Staates. Das sind also keine 100% des religiösen Netzwerkes, aber sein überzeugender Großteil. Leider haben wir keine ähnliche Organisation, die mit der gleichen Überzeugung alle nationalen Gemeinschaften der Ukraine repräsentieren würde. Wir sind jetzt in Kontakt mit Leitern von sieben Dachorganisationen der nationalen Minderheiten, also von allen bestehenden Organisationen, die in der Ukraine auf der zentralen Ebene agieren. Wir sind bereit, in den kommenden Monaten konkrete praktische Schritte zur Vereinigung dieser Organisationen und zur Institutionalisierung dieser Idee zu machen.

Und endlich das Letzte. Die Umsetzung der ethnopolitischen Strategie soll unterstützt werden. Wir als Ministerium machen alles, um auf die Herausforderungen im Bereich der zwischennationalen Beziehungen zu reagieren. Aber wir können nicht alles tun. Es gibt eine Initiative der Internationalen Stiftung „Renaissance“. Vielleicht kann sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung der Realisierung dieser Prozesse anschließen. Ich meine die Bildung einer Arbeitsgruppe auf einem hohen Niveau, und zwar mit dem Kultusminister, mit dem Vorsitzenden des Fachausschusses der Werchowna Rada, mit Leitern aller Forschungsinstitute, um eine Strategie mit neuen Zielen für die Ukraine zu entwickeln, die mit der Realisierung der Ethnopolitik zu tun haben.

Die deutsche Gemeinschaft kann sich Gott sei Dank über die einmalige Unterstützung von Seiten des deutschen Staates freuen, die für sie recht wichtig ist. In diesem Sinne ist unsere Aufgabe sehr bescheiden: Wir als Regierung sollen einfach Bedingungen zur organisatorischen Förderung solcher Initiativen schaffen.

Dies tun wir auch. Gleichzeitig sollen wir auch die Gemeinschaften im Fokus haben, die über keine politischen, gesellschaftlichen und finanziellen „Anwälte“ verfügen. Ich meine vor allem die Sinti und Roma, aber auch die Krimtataren, Gagausen und Karaimen. Ich möchte aber betonen, dass die deutschen Erfahrungen der Vertretung von Interessen der deutschen Minderheiten von der Bundesregierung für uns immer wichtig bleiben. Diese Erfahrungen sollen stets berücksichtigt werden.

Ich möchte auch herzliche Grüße von Frau Switlana Fomenko, der ersten stv. Kultusministerin der Ukraine, ausrichten, die Herr Koschyk heute schon zweimal erwähnte. Sie möchte dieser Konferenz beiwohnen, ist aber verhindert. Ich lüfte aber ein großes Geheimnis: Alle positiven Veränderungen, die heute genannt wurden, wurden dank ihrer unmittelbarer Förderung vollzogen. Das Gleiche betrifft auch den Kultusminister der Ukraine, Herrn Jewgeni Nischtschuk. Das Ministerium ist für einen Dialog völlig offen, all seine Beamten sind gerne bereit, zusammenzuarbeiten.

Jede Mehrheit in jeder Gesellschaft, Organisation oder Struktur kann sich erst dann komfortabel fühlen, wenn sie versteht, dass sich jede Minderheit in dieser Gemeinschaft genauso komfortabel fühlt. Wenn nur ein Mitglied dieser Gemeinschaft leidet, kann niemand zufrieden sein. Das ist ein Schlüssel für die Zukunft, für die Zukunft auf allen Ebenen, für die Zukunft dieser Region, die über schöne historische Erfahrungen in dieser Hinsicht verfügt. Da geht es aber auch um die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres Staates im Kontext des Beitritts in den gemeinsamen europäischen kulturellen und intellektuellen Raum. Es wird darüber viel gesprochen, das sollen aber nicht nur Parolen sein, das soll ein Wunsch sein, nach diesen einheitlichen europäischen Standards zu handeln.

Heute wurden an die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits viele Dankesworte für die Förderung bei der Organisation dieser Konferenz gerichtet. Ich sage noch einmal: „Herzlichen Dank!“ Und wenn in Zukunft ähnliche Initiativen entstehen, sind wir immer bereit, als Mitveranstalter aufzutreten, um auf unserer Ebene und im Rahmen unserer Möglichkeiten diese exzellenten Ideen zu unterstützen. Ich wünsche, dass Sie alle schöne Ideen entwickeln und diese wunderbar umsetzen!

VERZEICHNIS DER AUTOREN UND HERAUSGEBER

Frank Spengler

Nach Bundeswehr und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg mit Abschluss als Diplom-Volkswirt war Frank Spengler, geboren am 2. Februar 1955 in Ziegenhain, zunächst Mitarbeiter im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg, Abteilung Wirtschaftspolitik. Von 1981 bis 1996 war er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst in Tansania, später in Simbabwe und schließlich in Südafrika. Zwischen 1989 und 1990 war er zusätzlich Projektkoordinator der Stiftung in Sambia, zwischen 1988 und 1992 zudem auch Koordinator für das wirtschaftspolitische Sonderprogramm der Stiftung in Afrika. Nach 1996 leitete er bis 1999 die Abteilung Nordamerika/Europa/Japan des Arbeitsbereichs Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1999 bis 2004 war er als Leiter der Außenstelle Prag/Tschechische Republik und des Verbindungsbüros Bratislava/Slowakische Republik der Stiftung tätig. Zwischen 2004 und 2006 war er Leiter des KAS-Büros in Ankara/Türkei. Danach bekleidete er bis 2012 den Posten des stellv. Leiters der Abteilung Internationale Zusammenarbeit (später Europäische und Internationale Zusammenarbeit). Seit 2012 ist er Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gabriele Baumann

Frau Baumann studierte Slawische Philologie und Osteuropäische Geschichte in Berlin, Wien und München und erhielt 1987 ihren Magister. Zwischen 1987 und 2000 arbeitete sie als Dolmetscherin und Projektmanagerin in unterschiedlichen Unternehmen und sammelte dabei Arbeitserfahrungen im Ausland, darunter in Belarus, Russland und Usbekistan. Sie begann ihre Laufbahn bei der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 1994. 2000 bis 2005 leitete sie das KAS Büro in St. Petersburg und repräsentierte die Organisation im Nordwesten Russlands. Hiernach arbeitete Frau Baumann 2005 bis 2008 als Leiterin der Abteilung für Mittel- und Osteuropa sowie ab 2008 den Bereich der Inlandsprogramme in der KAS Berlin. Seit Juni 2012 leitet sie das Auslandsbüro der KAS in Kiew.

Wladimir Leysle

Wladimir Leysle wurde am 27. April 1981 in Riga geboren. Bis 2004 studierte er in Simferopol in der Ukraine an der Krymsky Businesshochschule, wo er den Mastergrad der Internationalen Wirtschaftswissenschaft erlangte. 2006 schloss er den Master in Management in der Jugendpolitik an der Russischen Akademie für Unternehmertum in Moskau ab. Des Weiteren erlangte er im selben Jahr den Master in Staatlicher Jugendpolitik und Politischer Jugendbildung an der Hochschule für internationale soziale und humanitäre Beziehun-

gen, ebenfalls in Moskau. Seit Dezember 2009 ist Leysle der Vorsitzende des Rates der Deutschen in der Ukraine.

Dr. Koloman Brenner

Koloman Brenner wurde am 28. Mai 1968 in Sopron/Ödenburg geboren. Bis zum 6. Lebensjahr sprach er nur den deutschen Dialekt, erst dann eignete er sich die deutsche Literatursprache und das Ungarische an. Er besuchte die Grundschule und das Gymnasium in Ödenburg, anschließend absolvierte er den Wehrdienst und studierte danach Germanistik und Geschichte in Szegedin/Szeged (1986 bis 1992). Des Weiteren absolvierte er ein Teilstudium 1987 in Greifswald und 1991 in Bonn. Ab 1993 ist Brenner Assistent und später Oberassistent am Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur der Pädagogischen Hochschule in Steinamanger/Szombathely. Er promovierte 1995 im Bereich der deutschen Phonetik. Von 1997 bis 2000 war er Oberassistent am Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Wesprim/Veszprém und zurzeit ist er Oberassistent im Germanistischen Institut der Budapester Universität Eötvös-Loránd-Universität. Seit 1994 ist er ebenfalls Mitglied der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen. Brenner ist seit 1992 literarisch tätig. Seine Gedichte erschienen in der „Neuen Zeitung“, in deren Beilage für Literatur und Kunst „Signale“ sowie in der Anthologie der Künstlergilde Esslingen „...wovon man ausgeht“ (1998). Für sein Gedicht „Gespeichert“ erhielt er beim Herbstseminar der Künstlergilde Esslingen 2004 den 3. Preis für Lyrik.

Christiane Cosmatu

Christiane Cosmatu wurde am 13. Januar 1951 in Bukarest geboren. Nach ihrem Germanistikstudium 1974 unterrichtete sie Deutsch als verbeamtete Lehrerin. Sie war Mitgestalterin von Lehrplänen, von Prüfungsthemen für Schüler und Lehrer aller Stufen, zudem Ansprechpartner für das Lehrentsendeprogramm des Bundesverwaltungsamtes und auch Lehrbuchautorin. Außerdem war Frau Cosmatu jahrelang im Vorstand des Deutschlehrerverbandes Rumäniens aktiv und war auch langjährige Geschäftsleiterin der Stiftung Youth for Understanding Rumänien. Von 1993 an arbeitete sie im Bildungsministerium als Inspektorin für Deutsch als Muttersprache und ab 1997 als Ministerialdirektorin, zwischen 1990-1998 moderierte sie zudem den Deutschkurs „Alles Gute!“ im rumänischen Fernsehen. 2010 arbeitete sie als Beraterin im Bildungsministerium, von 2011 an ebenda als Expertin. Im Dezember 2011 begann sie ihre Tätigkeit als Unterstaatssekretärin für Interethnische Beziehungen bei der rumänischen Regierung. Seit 1990 gehört sie dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien an und ist seit 2010 Mitglied dessen Landesvorstandes. Überdies ist Christiane Cosmatu seit 2010 Vorsitzende des Bukarester Stadtforums.

Dr. Ondrej Pöss

Museumsdirektor Dr. Ondrej Pöss wurde am 7. November 1950 in Handlova/Krickerhau, in der heutigen Slowakei, als Angehöriger einer altansässigen deutschen Familie geboren. Nach Abschluss der Schulausbildung mit dem Abitur begann er 1968 mit dem Studium der Mathematik und der Physik, das er 1973 an der Comenius-Universität in Bratislava abschloss. 1975 promovierte er zum Doktor der Naturwissenschaften, 1984 CSc. Von 1974 bis 1978 lehrte er als Assistent am Lehrstuhl für Allgemeine Physik an der Comenius-Universität. Von 1978 bis 1994 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, seit 1989 Leiter der Abteilung für die Geschichte von Wissenschaft und Technik, später Vorsitzender der Slowakischen Gesellschaft für die Geschichte von Wissenschaft und Technik bei der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Er ist Verfasser von mehr als 50 wissenschaftlichen Abhandlungen zu verschiedensten Themen und Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften der Slowakei und des Auslandes. 1994 gründete er das Museum der Kultur der Karpatendeutschen im Slowakischen Nationalmuseum, das er seitdem als Direktor leitet. Er ist aktiv tätig im Karpatendeutschen Verein in der Slowakei seit dessen Gründung im Jahre 1990. 1994 wurde er Stellvertretender Vorsitzender dieses Vereines, den er dann von 2003 bis 2013 als Vorsitzender leitete. Seit 2013 nimmt er wiederum die Position des Stellvertretenden Vorsitzenden des Karpatendeutschen Vereines ein.

Hartmut Koschyk MdB

Hartmut Koschyk wurde am 16. April 1959 im oberfränkischen Forchheim von aus Oberschlesien stammenden Eltern geboren. Nach dem Abitur 1978 trat er als Offiziersanwärter in die Bundeswehr ein und wurde ebenfalls Mitglied in der CSU und der Jungen Union. Von 1983 bis 1987 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer und studierte daneben Geschichte und Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Von 1987 bis 1991 übte er das Amt des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen aus. Seit 1990 ist Koschyk Mitglied des Deutschen Bundestages und war bis 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge. Von 2002 bis 2005 hatte er den Vorsitz der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne. Daraufhin folgte bis 2009 das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und von Oktober 2009 bis Dezember 2013 das des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium. Seit dem 8. Januar 2014 ist er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Andrii Jurasch

Andrii Jurasch ist seit November 2014 Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten und Nationalitäten im ukrainischen Kulturministerium. Zuvor arbeitete Jurasch als Dozent an der Journalistischen Fakultät der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw. Er ist Mitgründer der Internationalen Vereini-

gung zur Erforschung der Religion in Zentral- und Osteuropa (ISORECEA) und Vorstandsmitglied der ukrainischen Vereinigung der Religionsforscher. Außerdem sitzt Jurasch im internationalen Redaktionsrat der Publikationsreihe „Religion, Staat und Gesellschaft“ des britischen Verlagshauses „Routledge, Taylor & Francis Group“.